

Stenographisches Protokoll.

82. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. IV. Gesetzgebungsperiode.

Dienstag, 31. Mai 1932.

Inhalt.

Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten: Mitteilung von der Richtausübung der Funktion eines Parlamentskommisärs seitens des Abg. Dewathy und dessen Erziehung durch Abg. Toppa (2106).

Verhandlungen: 1. Mündliche Berichte des Immunitätsausschusses, betr.: a) das Begehr des Bezirksgerichtes Schwechat um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Rudolf Barboch wegen Übertretung nach § 431 des Strafgesetzes — Berichterstatter Toppa (2176) — Annahme des Ausschusstantrages (2176);

b) das Begehr des Bezirksgerichtes Neufeldern um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Balthasar Gierlinger wegen Übertretung des Waffenpatentes — Berichterstatter Mayrhofer (2176) — Annahme des Ausschusstantrages (2176);

c) das Begehr des Bezirksgerichtes Wolkersdorf um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Kraus wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre — Berichterstatter Mayrhofer (2176) — Annahme des Ausschusstantrages (2177);

d) das Begehr des Bezirksgerichtes Hollabrunn um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Eichinger wegen Übertretung nach § 312 des Strafgesetzes — Berichterstatter Mayrhofer (2177) — Annahme des Ausschusstantrages (2177);

e) das Begehr der Staatsanwaltschaft Wien I nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Majors d. R. Fritz Lahn wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre — Berichterstatter Mayrhofer (2177) — Annahme des Ausschusstantrages (2177);

f) das Begehr des Bezirksgerichtes Kirchberg an der Pielach nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Kaltenberger und des Julius Glabe wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, beziehungsweise wegen Übertretung des § 11 des Gesetzes über das Versammlungsrecht — Berichterstatter Mayrhofer (2177) — Annahme der Anträge des Ausschusses (2178);

g) das Begehr der Staatsanwaltschaft Salzburg nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Dr. Max Peizer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre — Berichterstatter Mayrhofer (2178) — Annahme des Ausschusstantrages (2178).

2. Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung — Bundeskanzler Dr. Dollfuß (2178), Dr. Straßner (2179), Dr. Hueber (2186), Dr. Bauer (2190), Thoma (2194), Manhalter (2196), Abram (2199 u. 2204), Werner (2201) — Ablehnung der Anträge Dr. Bauer (2205 u. 2206).

Tagesordnung: Ergänzung der Tagesordnung und dringliche Behandlung mehrerer Gegenstände (2175).

Ausschüsse: Wahl Genners als Erstmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft an Stelle Zelenka (2206).

Unterbrechung der Sitzung (2192).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Hollersbacher, Zingl, Wagner, Marksläger, Roßh, Schmidt, Düscher, betr. Befreiungen auf dem Gebiete der Privatversicherung (235/A);

2. Bossek, Proft auf Abänderung des Gesetzes, betr. die Altersfürsorgerente für arbeitslose Hausgehilfen (236/A);

3. Lasser, Gerner wegen der Errichtung des Donau-Hochwasserschutzbannes Landersdorf-Theiß-Kampdamm (237/A);

4. Düscher, Weidenholzer, Burgstaller, Ertl in Notstandsangelegenheiten (238/A).

Anfragen: 1. Dr. Schneider, Prodinger, Justizminister, betr. die Leitung des Zentralverbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen Österreichs (61/I);

2. Dr. Schneider, Prodinger, Bundesminister für soziale Verwaltung, betr. die Leitung des Zentralverbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen Österreichs (62/I);

3. Scheibein, Abram, Bundesminister für soziale Verwaltung, wegen der Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung in Tirol (63/I);

4. Dr. Deutsch, Sever, Bundeskanzler, wegen der Doppelteintragung von Heeresangehörigen in die Bürgerlisten (64/I);

5. Falke, Gabriel, Dusch, Amlacher, Bundeskanzler, in Angelegenheit der Inhaftierung von drei österreichischen Staatsbürgern in Jugoslawien (65/I).

Verteilt wurde:

Regierungsvorlage B. 340.

Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.

Abänderungen der Gewerbeordnung und des Kundmachungspatentes (B. 299 — Erste Lesung).

Präsident Dr. Renner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 27. Mai als genehmigt.

Über Vorschlag des Präsidenten gemäß den §§ 33, E, und 38, E, der Geschäftsordnung wird beschlossen, die Berichte des Immunitätsausschusses über die Auslieferungsbegehren gegen die Abg. Balthasar

Gierlinger, Josef Kraus, Johann Eichinger und Rudolf Zarboch und über die Begehren nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Majors d. R. Fritz Lahr, des Dr. Max Peißer, des Kaltenberger und Julius Glauke als ersten Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und unter Verzicht auf die Drucklegung auf Grund mündlicher Berichterstattung in Verhandlung zu nehmen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung sind Berichte des Immunitätsausschusses.

Zunächst kommt zur Verhandlung der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Schwechat um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Rudolf Zarboch wegen Übertretung nach § 431 des Strafgesetzes.

Berichterstatter **Toppa**: Hohes Haus! Das Bezirksgericht Schwechat stellt über Antrag der Staatsanwaltschaft Wien II das Begehren auf Auslieferung des Nationalrates Rudolf Zarboch wegen Übertretung gegen die körperliche Sicherheit nach § 431 des Strafgesetzes, begangen am 11. September 1931 im Gemeindegebiet Himberg durch Anschießen des Matthias Eisner gelegentlich einer Rebhühnerjagd.

Der Vorfall hat sich anlässlich einer Treibjagd ereignet. Es wurde dabei ein im Felde arbeitender Knecht von weitem durch Schrot angeschossen und ganz leicht verletzt. Der erste, der den Vorfall bemerkte, war der Abg. Zarboch, der dem Betreffenden zu Hilfe kam und ihn zu einem Arzt führte. Da nicht festgestellt werden konnte, wer den Schuß, durch den der Knecht verletzt wurde, getan hat, wurde die Anzeige gegen den Abg. Zarboch, der mit dem Verlebten zu dem Arzt kam, erstattet. Um die Sachlage klarzustellen, beantrage ich nun im Einvernehmen mit dem Abg. Zarboch (*liest*):

„Dem Begehren des Bezirksgerichtes Schwechat vom 25. März 1932, U 1095/31, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Rudolf Zarboch wegen Übertretung nach § 431 des Strafgesetzes, begangen durch die Verlezung des Matthias Eisner auf einer Rebhühnerjagd in Himberg, wird stattgegeben.“

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Neufelden um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Balthasar Gierlinger wegen Übertretung des Waffenpatentes.

Berichterstatter **Mayrhofer**: Hohes Haus! Vom Bezirksgericht Neufelden ist ein Begehren um Auslieferung des Abg. Balthasar Gierlinger eingelangt, der wegen Übertretung des Waffenpatentes angezeigt

wurde. Es handelt sich in diesem Falle um folgendes: der Abg. Gierlinger hatte eine veraltete Little-Tom-Pistole besessen, die schadhaft war und die ein Bekannter zu einem Waffenhändler brachte, um sie auf ihre Brauchbarkeit untersuchen zu lassen. Dabei wurde der Bekannte betreten, und es wurde gegen den Abg. Gierlinger die Anzeige wegen Übertretung des Waffenpatentes erstattet.

Es handelt sich hier um eine so wichtige Angelegenheit, daß der Immunitätsausschuss dem hohen Hause den Antrag stellt (*liest*):

„Dem Begehren des Bezirksgerichtes Neufelden, Abteilung I, vom 30. März 1932, U 49/32 zu 2, um Zustimmung der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Balthasar Gierlinger wegen Übertretung nach § 32 des Waffenpatentes, begangen durch den Besitz einer verbotenen Waffe ohne die erforderliche Bewilligung, wird nicht stattgegeben.“

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Es folgt nunmehr der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Wolfsdorf um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Kraus wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Berichterstatter **Mayrhofer**: Hohes Haus! Das Bezirksgericht Wolfsdorf verlangte die Auslieferung des Abg. Josef Kraus wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre. Dem Auslieferungsbegehren liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Abg. Kraus hat in einer Besprechung der Bürgermeister des Sanitätsbereichs Ulrichskirchen in der Gemeindekanzlei von Ulrichskirchen über den Chefarzt des dortigen Sanitätsbereichs Dr. Leonhard Werner die Äußerung gemacht, daß Dr. Werner als Gemeindearzt nicht danach trachte, mit den Bewohnern der Sanitätsgemeinde im Einvernehmen zu arbeiten, sondern vielmehr den Leuten gegenüber mit Schikanen auftrete und da und dort ihnen Schwierigkeiten bereite.

Die Form dieser Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre ist wohl eine solche, daß man von ihr sagen kann, daß sie allerdings eine scharfe Kritik, aber nicht mehr bedeutet. Der Immunitätsausschuss hat sich darum entschlossen, dem hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (*liest*):

„Dem Begehren des Bezirksgerichtes Wolfsdorf, Abteilung 3, vom 15. April 1932, U 282/32/2, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Josef Kraus wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, begangen durch den in der Gemeindekanzlei von Ulrichskirchen anlässlich einer Sitzung der Bürgermeister des Sanitätsbereichs Ulrichskirchen dem Gemeindearzt Dr. Leonhard Werner gemachten Vorwurf, „daß er als Gemeindearzt nicht danach trachte, mit den Bewohnern der Sanitätsgemeinde im Einvernehmen zu arbeiten,“

sondern vielmehr den Leuten gegenüber mit Schikanen auftrete und da und dort ihnen Schwierigkeiten bereite", wird nicht stattgegeben."

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Es folgt nunmehr der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Hollabrunn um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Johann Eichinger wegen Übertretung nach § 312 des Strafgesetzes.

Berichterstatter **Mayrhofer**: Hohes Haus! Das Bezirksgericht Hollabrunn stellt das Begehren um Auslieferung des Abg. Eichinger wegen Übertretung nach § 312 des Strafgesetzes, begangen durch die auf dem Wochenmarkt in Hollabrunn am 26. März 1932 dem Gendarmerierahonsinspektor zugezogenen Worte: "Was überfallen Sie die Bauern an einem Samstage? Es schikaniert ja in Hollabrunn die Leute" usw.

Der Tatbestand, der der Anzeige zugrunde liegt, ist folgender: Bei dem Samstagmarkt in Hollabrunn, auf dem viele Fuhrwerke sind, schien es sich der Gendarmeriebeamte Rahonsinspektor Adolf Androsch zur Aufgabe gemacht zu haben, besonders darauf zu sehen, daß alle Wagen mit den vorgeschriebenen Wagentafeln versehen sind. Die Art und Weise, wie der Gendarmeriebeamte vorging, wurde nun vom Abg. Eichinger als eine schikane empfunden, und er stellte deshalb den Gendarmeriebeamten zur Rede. Dies hat der Gendarmeriebeamte als eine Störung der Amtshandlung aufgefaßt und hat einen Strafantrag gestellt.

Mit Rücksicht darauf, daß dieses Einschreiten des Abg. Eichinger nur eine etwas strenge Beurteilung des Vorgehens des Gendarmen war, hat sich der Immunitätsausschuss entschlossen, dem Auslieferungsbegehren nicht stattzugeben, und legt daher folgenden Antrag vor (*liest*):

"Dem Begehren des Bezirksgerichtes Hollabrunn, Abteilung III, vom 19. April 1932, U 231/32/1, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Johann Eichinger wegen Übertretung nach § 312 des Strafgesetzes, begangen durch die auf dem Wochenmarkt in Hollabrunn am 26. März 1932 dem Gendarmerierahonsinspektor Adolf Androsch zugezogenen Worte: „Was überfallen Sie die Bauern an einem Samstage? Es schikaniert ja in Hollabrunn die Leute, speziell Sie. Jeden Schotterbauern schreibt auf, der durchfährt. Das ist eine Gebräuchlichkeit von Ihnen, Sie machen es so. Sie können mir ja nichts machen, meine Außerung werde ich vor Gericht verantworten!“, wird nicht stattgegeben."

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren der Staatsanwaltschaft Wien I, nach Erteilung der Ermächtigung zur

strafgerichtlichen Verfolgung des Majors d. R. Fritz Lahr wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Berichterstatter **Mayrhofer**: Hohes Haus! Die Staatsanwaltschaft Wien I stellt das Begehren nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Majors d. R. Fritz Lahr wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre gemäß §§ 495, 491 des Strafgesetzes, das ist Beleidigung des Parlaments. Der Major d. R. Fritz Lahr hat in einer Versammlung, die am 17. Februar 1932 im Gasthaus Kadermann im Prater stattgefunden hatte, die Außerung gemacht (*liest*): „Man könne, wenn man beim Parlament vorübergehe und wegen der in diesem stattfindenden Tagung die Fahnen auf den Masten aufgezogen seien, oft vom Volksmund hören, die Fezen seien herauszen, die Lumpen aber drinnen“. Wegen dieser Außerung wurde seitens der Staatsanwaltschaft das Begehren um Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Majors d. R. Fritz Lahr gestellt.

Der Immunitätsausschuss ist der Meinung, daß mit dieser Außerung tatsächlich eine Beleidigung des Parlaments erfolgte, und beantragt daher (*liest*):

"Dem Begehren der Staatsanwaltschaft Wien I vom 12. März 1932, 1 St 122/32/1, nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Majors d. R. Fritz Lahr wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre gemäß §§ 495, 491 des Strafgesetzes begangen durch die in einer Versammlung im Gasthaus Kadermann im Prater am 17. Februar 1932 gemachte Außerung: „Man könne, wenn man beim Parlament vorübergehe und wegen der in diesem stattfindenden Tagung die Fahnen auf den Masten aufgezogen seien, oft vom Volksmund hören, die Fezen seien herauszen, die Lumpen aber drinnen“, wird stattgegeben."

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Kirchberg an der Pielach nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Kaltenberger und des Julius Glaube wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre, beziehungsweise wegen Übertretung des § 11 des Gesetzes über das Versammlungsrecht.

Berichterstatter **Mayrhofer**: Hohes Haus! Seitens des Bezirksgerichtes Kirchberg an der Pielach ist ein Begehren um Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung in zwei Fällen eingelangt, und zwar gegen den Leiter und gegen einen Redner in einer Versammlung in Kirchberg an der Pielach am 13. März 1932. Ein Redner, nämlich

der Herr Kaltenberger aus Türrnitz — es war eine Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei —, machte die Äußerung: „Mit der Auffenbude des Parlaments und den schmierigen Volksvertretern muß aufgeräumt werden.“

Der staatsanwaltschaftliche Funktionär hat die Anklage gegen Kaltenberger erhoben und hat auch die Anklage gegen den Vorsitzenden in dieser Versammlung, Herrn Julius Glaube, erhoben, weil er diese Bemerkung des Redners nicht verügt hat.

Der Immunitätsausschuss hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und meint, einen Unterschied machen zu müssen zwischen der Behandlung des Redners und dem Verhalten des Vorsitzenden; er beantragt somit, wohl die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Redners, nicht aber des Vorsitzenden. Die Anträge, die der Immunitätsausschuss sonach stellt, sind (*liest*):

„1. Dem Begehr des Bezirksgerichtes Kirchberg an der Pielaß vom 4. Mai 1932, U 112/32/1, nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Kaltenberger aus Türrnitz wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach §§ 495, 492 des Strafgesetzes, begangen durch die in einer Versammlung in Kirchberg an der Pielaß am 13. März 1932 gemachte Äußerung: „Mit der Auffenbude des Parlaments und den schmierigen Volksvertretern muß aufgeräumt werden“, wird stattgegeben.

2. Dem Begehr des Bezirksgerichtes Kirchberg an der Pielaß vom 4. Mai 1932, U 112/32/1, nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Julius Glaube wegen Übertretung nach § 11 des Gesetzes vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 135, über das Versammlungsrecht, begangen als Leiter der Versammlung in Kirchberg an der Pielaß vom 13. März 1932 durch Zulassung der das Parlament und die Volksvertreter beleidigenden Äußerung des Kaltenberger: „Mit der Auffenbude des Parlaments und den schmierigen Volksvertretern muß aufgeräumt werden“, wird nicht stattgegeben.“

Die beiden Anträge des Ausschusses werden in getrennter Abstimmung angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehr der Staatsanwaltschaft Salzburg nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Dr. Max Peißer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Berichterstatter **Mayrhofer**: Hohes Haus! Die Staatsanwaltschaft Salzburg begeht die Zustimmung des Parlaments zur strafgerichtlichen Verfolgung des Dr. Max Peißer, weil dieser in einer Versammlung am 12. März 1932 in Badgastein folgende Äußerung gemacht hat (*liest*): „Vor dem

Parlament steht das Standbild der Pallas Athene, der griechischen Göttin der Weisheit. Sie zeigt aber wohlweislich dem Parlament den Rücken, da sie sonst rot werden müßte vor Scham über die Weisheit des Parlaments.“

Der Immunitätsausschuß hat in dieser Äußerung des Dr. Max Peißer eine abgeschmackte Kritik des Parlaments gesehen, die aber nicht des Verfolgens wert sei, und stellt darum den Antrag (*liest*):

„Dem Begehr der Staatsanwaltschaft Salzburg vom 21. April 1932, IV Nst 185/32/1, nach Erteilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Bezirksrichters Dr. Max Peißer wegen Übertretung nach §§ 495, 491 des Strafgesetzes, begangen durch die in einer Versammlung in Badgastein am 12. März 1932 gemachte Äußerung: „Vor dem Parlament steht das Standbild der Pallas Athene, der griechischen Göttin der Weisheit. Sie zeigt aber wohlweislich dem Parlament den Rücken, da sie sonst rot werden müßte vor Scham über die Weisheit des Parlaments“, wird nicht stattgegeben.“

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Hohes Haus! Der Herr Staatssekretär a. D. Abg. Dr. Otto Bauer hat in seiner Rede vom 27. Mai d. J. die Frage aufgeworfen, ob Bundesminister Dr. Guido Jakonig österreichischer Staatsbürger ist.

Da die Frage der Staatsbürgerschaft für ein Mitglied der Bundesregierung rechtlich relevant ist, beehre ich mich, dem hohen Hause gegenüber folgendes festzustellen: In meinen Händen befindet sich ein Heimatschein der Stadtgemeinde Innsbruck vom 16. März 1926, demzufolge Dr. Guido Jakonig das Heimatrecht in der Stadtgemeinde Innsbruck besitzt, weiters ein Heimatschein der Stadtgemeinde Innsbruck vom 30. Mai 1932 für Dr. Guido Jakonig. (Dr. Bauer: Wann ist das erworben? — Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten. — Präsident gibt das Glockenzeichen. — Dr. Bauer: Mit welchem Rechtsakt ist das erworben? — Andauernde Zwischenrufe rechts.) Ich werde sofort antworten, bis ich Ruhe habe. (Andauernde Zwischenrufe rechts.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. (Lebhafte Zwischenrufe. — Ruf auf der äußersten Rechten: Liigner!) Ich bitte, keine Beschimpfungen. (Neuerliche Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Da ich gefragt werde, mit welchem Recht ich diese Feststellungen mache, wiederhole ich, was ich eingangs gesagt habe (*liest*): „Da die Frage der Staatsbürgerschaft für ein Mitglied der Bundesregierung recht-

lich relevant ist, beehre ich mich, dem hohen Hause gegenüber folgendes festzustellen.“ Ich glaube, damit ist die Frage, ob ein Bundesregierungsmitglied wirklich ordnungsgemäß Mitglied sein kann, für die Debatte über die Regierungserklärung und die Debatte über die Regierung wohl im wesentlichen beantwortet.

Anlässlich der Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte des Nordtiroler Kammersprengels wurde die Frage der Bundesbürgerschaft Jakoncigs selbstverständlich auch einer Prüfung unterzogen. Ich habe veranlaßt, daß die Nordtiroler Rechtsanwaltskammer das Ergebnis ihrer damaliger Prüfung schriftlich mitteile, worauf zuhanden des Herrn Bundesministers Dr. Jakoncig heute folgendes Schreiben der Nordtiroler Rechtsanwaltskammer eingelangt ist (*liest*):

„Über Ihr Erfuchen wird bestätigt, daß vom Ausschusse dieser Rechtsanwaltskammer anlässlich Ihrer Eintragung in die Liste der Rechtsanwälte des Nordtiroler Kammersprengels das Vorhandensein der im § 1, Absatz 2, R. A. O. enthaltenen Voraussetzungen und damit auch die Frage Ihrer Bundesbürgerschaft (§ 1, Absatz 2, lit. a, R. A. O.) einer eingehenden Prüfung unterzogen worden waren. Die Eintragung wurde mit Beschluss dieses Kammerausschusses vom 6. März 1928, Z. 254/28, bewilligt, da die geslogenen Erhebungen einwandfrei ergeben hatten, daß Sie nebst allen sonstigen Voraussetzungen auch die österreichische Bundesbürgerschaft besitzen.“

Für den Ausschuß der Nordtiroler Rechtsanwaltskammer Innsbruck:

Der Präsident: Haemmerle.“

(Dr. Bauer: Wann ist sie erworben worden? — Stürmische Zwischenrufe auf der äußersten Rechten. — Dr. Bauer: Wann ist sie erworben worden? — Lebhafte Zwischenrufe links und auf der äußersten Rechten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler. (Neuerliche Zwischenrufe auf der äußersten Rechten. — Forstner: Das sind Ablenkungsmanöver! — Hözl: Ob er für Italien optiert hat oder nicht, das ist die Frage!) Ich bitte um Ruhe.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Rechtlich relevant ist die Frage, ob am Tage der Bestellung zum Mitglied der Bundesregierung Dr. Jakoncig österreichischer Bundesbürger war. Ich bin aber auch in der Lage, die Frage hinsichtlich einer früheren anderweitigen Staatsbürgerschaft auf Grund von Mitteilungen und Informationen, die ich eingeholt habe, dahin zu beantworten, daß Dr. Jakoncig seit seiner Geburt österreichischer Staatsbürger ist, nie- mals diese österreichische Staatsbürgerschaft zurückgelegt hat oder für einen anderen Staat optiert

hatte. (Neustädter-Stürmer: Da haben Sie es ja! Diese Verleumder! — Zwischenrufe links. — Dr. Bauer: Wieso konnte Dr. Jakoncig in Meran Rechtsanwalt sein? Wie ist das möglich?) Das ist eine andere Frage. Die Frage, die ich jetzt ... (Dr. Bauer: Durch die Option verliert er die österreichische Staatsbürgerschaft!) Er hat niemals optiert! (Dr. Bauer: Dann hätte er nicht Rechtsanwalt sein können!) Er hat niemals optiert. (Dr. Bauer: Stellen Sie das fest! — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler. Ich bitte das hohe Haus um Ruhe.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Die österreichische Bundesbürgerschaft des Bundesministers Dr. Jakoncig steht damit einwandfrei fest.

Dr. Otto Bauer hat in seiner Rede weiters auf einen Akt aufmerksam gemacht, der beim Landesgericht Innsbruck unter Nr. Cg I 123 ex 1927 erliege.

Mit Zustimmung des Bundesministers Dr. Jakoncig teile ich, um Missverständnisse und ungerechtfertigte Vermutungen zu vermeiden, mit, daß es sich in diesem Akt, wie schon aus der Geschäftszahl zu entnehmen ist, um eine Zivilrechtsache handelt. Dieser Akt betrifft einen Verlassenschaftsstreit der Familie Fuchs, der die Gemahlin des Herrn Bundesministers angehört und zwischen deren Mitgliedern dieser Erbschaftsstreit ausgetragen wurde. (Lebhafter Beifall rechts. — Neustädter-Stürmer: Lügner! Verleumder! — Pfui!-Rufe links. — Lebhafte Gegenrufe auf der äußersten Rechten.)

Präsident: Der Herr Abg. Neustädter-Stürmer hat den Ausdruck „Lügner“ und „Verleumder“ gebraucht. Ich konstatiere, daß dieser Ausdruck unparlamentarisch ist und das Recht der parlamentarischen Kritik überschreitet. Ich rufe den Zwischenrufen zur Ordnung.

Dr. Straßner: Verehrte Frauen und Herren! Es sei mir gestattet, bevor ich auf die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers eingehe, einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Ich hätte mir vorgestellt, daß in einer Situation wie der, in der sich Österreich gegenwärtig befindet, gleichgültig ob man zur Regierung in Opposition steht oder ob man sie decken will, eine sachliche Erörterung am Platze gewesen wäre. Leider hat die Debatte, die am vorigen Freitag geführt wurde, sehr viel vermessen lassen, was an Sachlichkeit erinnert hätte. Dieser Zustand der Unsachlichkeit ist aber nicht erst jetzt eingetreten, er währt eigentlich schon, seitdem wir uns in der Krise befinden, die nunmehr gelöst werden soll. Und weil die Bevölkerung derartige Zustände nicht verstehen kann und eine derart unsachliche Arbeit verurteilt, haben auch alle Parteien des Hauses das

Bestreben, sich sachlich zu zeigen, und weil das nicht immer gelingt, sucht man nach Schuldtragenden. Ich stelle mich nunmehr als denjenigen vor, dem nicht einmal, sondern wiederholt im Laufe der letzten Wochen die Schuld für die Krise zugeschrieben wurde, in der wir uns befunden haben. Ich kann es schon verstehen, daß man nach Schuldigen sucht, um die Schuld von sich selbst abzulenken. Die Krise hat doch mit einem Antrag begonnen, der von uns der Öffentlichkeit angekündigt wurde und der darin gipfelte, daß das Haus in seiner heutigen Zusammensetzung der Stimmung in der Bevölkerung nicht mehr entspreche und daher aufgelöst werden soll. Dieser Antrag wurde von der sozialdemokratischen Partei als erster in diesem hohen Hause aufgenommen. Die sozialdemokratische Partei hat in der damaligen Sitzung die Regierung aufgefordert, sie möge ein Bundesgesetz vorlegen, womit der Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst wird. Wer ganz objektiv diesen Antrag beurteilte, konnte und mußte zu dem Ergebnis kommen, daß es sich lediglich um eine Feste handelt, weil man innerlich selbst die Auflösung des Hauses und die Ausschreibung von Neuwahlen nicht wünschte. Ich bin im Laufe der Verhandlungen selbst zu dem Ergebnis gekommen, daß auch in der sozialdemokratischen Partei gar keine Sehnsucht bestanden hat, das Haus aufzulösen, und daß sie deshalb die Bundesregierung aufgefordert hat, daß sie dem Hause ein Gesetz über die Auflösung vorlegen soll. (Dr. Bauer: Wie hätte man denn in einer Erklärungsdebatte den Antrag anders formulieren können?) Herr Kollege Dr. Bauer, tören Sie mich nicht in der Entwicklung — wir kommen noch weiter. (Dr. Bauer: Wie der Umfall heute begründet wird!) Nein, Herr Kollege Bauer, wir werden sehen! (Dr. Bauer: Das werden wir vor allem bei der Abstimmung sehen!) Ja, wir werden bei der Abstimmung sehen, daß wir konsequent bleiben und eine Politik der Vernunft treiben! Aber leider findet in diesem hohen Hause eine derartige Politik keine Zustimmung. (Zwischenrufe.)

Ich möchte in diesem Zusammenhange, um auf der Linken des Hauses nicht als undankbar zu erscheinen, kurz auf die Ausführungen des Kollegen Dr. Danneberg in der vorletzten Sitzung zurückkommen, der für die großdeutsche Partei sehr viel, aber gewiß nichts Gutes übrig hatte. Man hat auf diese Art und Weise den wirklichen Tatbestand zu verschleiern versucht. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die sozialdemokratische Partei ihrem ursprünglichen Antrag einen neuen hat folgen lassen, einen neuen Gesetzesantrag. Aber auch dieser Gesetzesantrag war — und ich habe die sozialdemokratische Partei darauf aufmerksam gemacht — nicht geeignet, noch im heurigen Frühjahr zur Auflösung des Hauses und zur Durchführung von Neuwahlen zu führen. Die neue Vorlage der sozialdemokratischen Partei hat

Beschaffungsbestimmungen beinhaltet, die nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Hauses hätten beschlossen werden können, und wir wußten um jene Zeit ganz genau, daß nicht allein die christlichsoziale Partei, sondern auch der Landbund mit aller Entschiedenheit gegen die Auflösung des Hauses waren, infolgedessen eine Zweidrittelmehrheit nicht zu haben war. Und so wurde vom Nationalen Wirtschaftsblock ein Vermittlungsantrag gestellt, und wir haben uns dadurch, wie ich glaube, um die österreichische Bevölkerung ein Verdienst erworben. Der sozialdemokratische Redner hat gesagt: Diese Großdeutschen sind doch eigentlich unklaue Menschen, denn sie haben sich ihren Vermittlungsantrag nicht honorieren lassen. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Wenn es auf das Honorieren angekommen wäre, dann hätte dieser Vermittlungsantrag nicht allein von der christlichsozialen Partei, sondern auch von der sozialdemokratischen Partei honoriert werden müssen (lebhafter Beifall in der Mitte), denn beide Parteien haben innerlich vollständig darin übereingestimmt, daß Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick für sie einfach nicht tragbar sind.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Wir sind noch nicht so weit gesunken, daß wir uns politische Arbeit in irgendeiner Weise honorieren lassen — das möchte ich mit aller Deutlichkeit festgestellt haben. Denn wenn die Politik zum Geschäft wird, dann ist es in einem Staat sehr schlimm bestellt. Wir haben bis jetzt diesen Weg nicht beschritten.

Bezüglich der Regierungsbildung und unserer Stellungnahme zu ihr muß ich allerdings zugeben, daß wir uns den Dank der sozialdemokratischen Partei nicht verdient haben, denn die sozialdemokratische Partei hätte eine ganz andere Lösung der Krise gewünscht. Ich kann mich ja ganz gut daran erinnern, welche Stimmung beim Ausbruch der Krise, als der gewesene Bundeskanzler Doktor Buresch seine Demission gab, in der sozialdemokratischen Partei bestanden hat. Man hat damals auf sozialdemokratischer Seite genau so wie auf christlichsozialer Seite gewünscht, daß eine starke Regierung zustande kommt, hinter der auch eine entsprechende Mehrheit steht. Ich verstehe, daß die sozialdemokratische Opposition eine derartige Regierung wünscht, denn eine Minderheitsregierung oder eine Regierung mit einer ganz geringen Mehrheit kann die sozialdemokratische Partei nicht einmal, sondern wiederholt in die Lage bringen, auch Farbe zu bekennen (Zustimmung in der Mitte) und das, meine sehr Verehrten, ist nicht unter allen Umständen angenehm. Das Farbebekennen verdreibt aber unter Umständen die Stimmung unter den Wählern. Es hat allerdings in der sozialdemokratischen Partei gewiß auch eine andere Richtung gegeben, eine Richtung, die uns aus der Presse

bekanntgeworden ist, die der sozialdemokratischen Partei sehr nahesteht und die stets davon sprach, daß es doch notwendig sei, daß die stärkste Partei des Parlaments zur Mitverantwortung herangezogen werde. (Lachen und Zwischenrufe links.) Gewiß, Herr Kollege Böslzer, ich glaube, daß das „Sechs-Uhr-Blatt“ und die „Wiener Mittags-Zeitung“ und wie sie alle heißen, Ihrer Partei nicht fernstehen. Gerade diese beiden Blätter haben sich fast jeden Tag lebhaft bemüht, der Bevölkerung klarzumachen, daß es nicht angehe, daß die stärkste Partei von der Verantwortung ausgeschlossen werde.

Aber nicht allein bei den Sozialdemokraten hat diese Stimmung bestanden; ich kann mich auch erinnern, daß auch bei der christlichsozialen Partei eine ähnliche Stimmung bestand. Ich möchte hier nur auf das christlichsoziale „Linzer Volksblatt“ verweisen, das, bevor die gegenwärtige Regierung zustande gekommen ist, einer rot-schwarzen Koalition das Wort geredet hat.

Nun, meine verehrten Frauen und Herren, Tatsache ist, daß diese zwei Möglichkeiten der sozialdemokratischen Partei wünschenswert erschienen sind: entweder eine sogenannte Bürgerblockregierung zu dem Zwecke, daß man wieder frosch Opposition hätte machen können, daß für alles eine Mehrheit vorhanden gewesen wäre und daß man ruhig zum Fenster hinaus reden können, um auf diese Art und Weise den Boden für künftige Wahlen vorzubereiten; die zweite Variante war wohl die, daß es in der sozialdemokratischen Partei Menschen gegeben hat — und ich glaube es waren nicht die schlechtesten —, die sich mit dem Gedanken getragen haben, es müßte doch eine Zusammenarbeit entweder der stärksten Parteien stattfinden oder es müßte wenigstens eine Zusammenarbeit aller stattfinden. Ich verrate hier kein Geheimnis, daß, als es sich um die Bildung eines Bürgerblocks handelte, von Ihrer Seite allerdings gesagt wurde: Na, so eine Bürgerblockregierung — angenehm wäre sie ja nicht, denn da ist auch der Heimatblock darin, und das paßt uns gar nicht. Aber schließlich und endlich würde das auch nur ein Schönheitsfehler sein, und wir würden uns abfinden. (Dr. Bauer: Wer hat das gesagt? Sie sagten: Man hat gesagt!) Ich bin sehr gern bereit, Ihnen, Herr Dr. Bauer, das persönlich zu sagen. (Dr. Bauer: Ich bitte, sagen Sie es doch öffentlich!) Ich kann es auch, ich will Sie aber nicht um einen der besten Köpfe Ihrer Fraktion bringen oder Sie bloßstellen. Ich bin sehr gern bereit, Ihnen persönlich das zu sagen. Wenn Sie Umfrage halten wollen — fragen Sie doch nur den Herrn Kollegen Sever, er ist genau unterrichtet. (Dr. Bauer: Der Sever war es?) Nein, nein, der Sever war es nicht.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Auch wir haben mit der gegenwärtigen Regierung keine große Freude. Sie ist nicht das, was wir uns als eine Regierung vorstellen. Aber trotzdem kann ich hier erklären, daß wir für den sozialdemokratischen Misbilligungsantrag nicht stimmen werden. (Lebhafte Rufe links: Na also! — Dr. Deutsch: Endlich ist es heraus! — Zwischenrufe links.) Regen Sie sich nicht auf, meine Herren! Ich weiß schon, warum Sie den Misbilligungsantrag gestellt haben. Sie haben ihn zu dem Zwecke gestellt, um doch vielleicht noch diese Bürgerblockregierung zustande zu bringen (Lachen links), damit Sie sich in diesem Hause bequemer geben können. Oder es ist auch die zweite Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen, daß Sie die Hoffnung nicht aufgegeben haben, daß Sie doch zur Tragung der Mitverantwortung herangezogen werden. Deshalb begreife ich ohne weiteres, daß Sie uns für unsere Haltung nicht dankbar sind. (Dr. Bauer: Sie fallen halt um, wie immer! Ihr seid ja jedesmal umgefallen!) Das ist so eine beliebte Phrase, Herr Kollege Bauer, daß ich darauf nicht weiter eingehen will. (Ruf links: Nein, keine beliebte Phrase, sondern Tatsache! — Hözl: Es ist schon förmlich Gewohnheitsrecht bei euch geworden! — Anhaltende Zwischenrufe links.)

Präsident: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Dr. Straßner (fortfahrend): Jetzt möchte ich kurz auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers selbst eingehen. Er hat eingangs seiner Ausführungen allerdings nicht an eine bestimmte, aber an eine nicht mißzuverstehende Adresse den Appell gerichtet, man möge sich doch schließlich und endlich zur Mitarbeit, zur Mittragung der Verantwortung in der Regierung befinden. Eine Bürgerblockregierung wäre so das Richtige, hat der Herr Bundeskanzler gemeint, und ich glaube, nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß er diese Einladung an uns gerichtet hat. Die Stellung der Fraktion, die ich zu vertreten habe — ich habe das dem Herrn Bundeskanzler schon bei den Verhandlungen gesagt —, richtet sich ganz danach, was die künftige Regierung leisten will. Wir haben in diesem hohen Hause schon zu viel erlebt, wir haben zu viel versprochen bekommen, was dann nicht gehalten wurde, und so muß ich den Herrn Bundeskanzler als Antwort auf seine höfliche Einladung an ein altes Sprichwort erinnern: Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn! Ob es einmal so weit kommen kann und wird, das hängt ganz ausschließlich davon ab, wie die Regierung in Zukunft handeln wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers von der üblichen Form abgewichen ist. Sie hat gewissermaßen ein einheitliches Ganzes dargestellt, das durch und durch, von Anfang bis zum Ende

von einem Menschen herrührte, zum Unterschied von früheren Regierungserklärungen, die meistens ein Kompilationswerk der verschiedenen Ministerien darstellten haben. Ich bin der Überzeugung, daß der Herr Bundeskanzler in seinem neuen Kabinett Schwierigkeiten gehabt haben wird, sich mit seinem eigenen Konzept durchzusetzen. Ich glaube gar, nicht fehlzugehen, wenn ich eine derartige Behauptung aussstelle. Wenn sich also schon bei der Verfassung der Regierungserklärung wahrscheinlich Schwierigkeiten ergeben haben, so dürften diese Schwierigkeiten wesentlich größer werden, wenn es sich um die Durchsetzung dessen handelt, was der Herr Bundeskanzler hier in seiner Programmrede angekündigt hat.

Aber ich möchte immerhin einen großen Gedanken herausgreifen, den der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gebracht hat, einen Gedanken, der von uns nicht einmal, sondern wiederholt auch in diesem hohen Hause ausgesprochen wurde, der aber auf der Regierungsbank nie ein Echo fand — das ist der große Gedanke der Innenkolonisation im Zusammenhang mit der brennendsten Frage, die wir gegenwärtig in Österreich haben, mit der Frage der Arbeitslosigkeit. Wir haben es vielleicht nicht mehr getan, aber unsere Väter und Großväter glaubten vor 60 und 80 Jahren, daß die Entwicklung, die damals eingesezt hat, die Industrialisierung Europas, die Menschheit zum Glück führen werde, und es hat lange Zeit den Anschein gehabt, als ob diese Annahme richtig wäre. Erst die Nachkriegszeit hat uns gezeigt, daß wir uns auf einem falschen Wege befinden und daß wir Reichtum und Glück nicht in der Anhäufung großer industrieller Unternehmungen, nicht in dem Aufbau von Mammutstädten finden können, sondern daß das Glück unserer Bevölkerung ganz woanders gelegen ist. Die Innenkolonisation kam uns von der alten Entwicklung wegzu führen, und es ist daher bedauerlich, daß wir nicht schon früher daran gedacht haben. Die Aufgabe ist natürlich nicht leicht. Wir sehen das in dem benachbarten Deutschen Reich, wo die jetzige Krise vielleicht nicht zuletzt deshalb ausgebrochen ist, weil es sich auch um die große Frage der Innenkolonisation gehandelt hat. Wenn wir aber unseren Arbeitslosen helfen wollen, jenen, die heute schon arbeitslos sind, und allen denjenigen, die das graue Los der Arbeitslosigkeit noch vor sich haben, sei es, daß sie schon in Arbeit stehen oder daß sie jetzt das erstmal auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, wenn wir allen diesen Unglücklichen helfen wollen, dann müssen wir den Weg der Innenkolonisation beschreiten. Natürlich werden dafür Opfer gebracht werden müssen, die aber nicht umsonst gebracht sind. Denn wenn wir auf diese Art und Weise Arbeit schaffen, so schaffen wir dadurch auch Brot, und das sind die beiden Grundelemente, um die es sich heute dreht. Der Herr Bundeskanzler

hat diesen Gedanken als erster Mann auf der Regierungsbank ausgesprochen und hat sich damit eine ungeheure Arbeit zugemutet. Ich hoffe, daß er bei der Lösung dieser Aufgabe nicht an den Schwierigkeiten scheitern wird, die ihm, vielleicht nicht zuletzt aus seiner eigenen Partei, entstehen.

Es ist gewiß für einen Bundeskanzler, mag er Dr. Dollfuß oder irgendwie anders heißen, möchte es auch ein Bundeskanzler von der linken Seite des Hauses sein, nicht leicht, Österreich einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Darauf tragen die Träger des einen und des anderen Systems nicht die Schuld, daß die Aufgabe in Österreich doppelt, ja dreifach und vierfach so schwer geworden ist, sondern daran tragen wohl diejenigen die Hauptschuld, die diesen Staat geschaffen haben. Das darf uns aber nicht entmutigen, wenigstens Wege zu gehen, die die österreichische Bevölkerung vor dem vollständigen Zusammenbruch schützen, das darf uns nicht hindern, Wege ausfindig zu machen — und die Innenkolonisation ist ein derartiger Weg —, um uns über die schwerste Zeit hinwegzuholzen.

Bilden wir uns aber ja nicht ein, wenn diese Reform und hundert andere Reformen gelingen sollten, daß Österreich dann mehr als gerade zum Leben hat. Österreich wird, wenn die Welt in die Verhältnisse, die sie verschuldet hat, nicht Einfach gewinnt, als Kulturstaat wahrscheinlich gestrichen werden müssen.

Der Bundeskanzler hat an den Völkerbund appelliert und hat daran erinnert, daß der Völkerbund uns schon einmal geholfen hat. Er hat davon gesprochen, daß wir die Voraussetzungen für eine neuere Hilfe des Völkerbundes geschaffen haben, als wir das Budgetsanierungsgesetz im Oktober vorigen Jahres erledigten, und daß nunmehr der Völkerbund eigentlich die moralische Verpflichtung hätte, uns wieder zu helfen. Wir könnten sehen, daß im Völkerbund wenig Verständnis für die österreichische Lage besteht. Ich weiß nicht, ob vielleicht in den letzten Stunden eine Besserung eingetreten ist. Wir haben ja von uns aus selbst dem Völkerbund Vorschläge entwickelt, die uns, wenn sie verwirklicht worden wären, schon jetzt wenigstens der allergrößten Not enthoben hätten. Ich erinnere Sie an den Vorschlag einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich. Dieser Plan, der in der damaligen Form als unannehmbar erschien, wurde vom Deutschen Reich im heurigen Winter wieder aufgenommen, und er hat auch die teilweise Zustimmung anderer Mächte gefunden.

Wenn es trotzdem bis heute zu dieser einzigen möglichen Lösung nach deutschem und italienischem Rezept nicht gekommen ist, so liegt wohl ein Großteil der Schuld am Völkerbund. Ich hätte es infolgedessen, weil man uns bis jetzt nicht geholfen hat, viel lieber geschen, daß die Regierung das

Transferratorium, das heißt die Sperre der Devisen für die Zahlung der Zinsen und für die Amortisation unserer Auslandschulden, bereits ausgesprochen hätte. Die Regierung hat sich entschlossen, diese Sperre noch nicht zu verfügen, in dem Glauben, daß wir neuerdings eine finanzielle Hilfe vom Ausland bekommen werden. Wenn wir diese Hilfe bekommen, so erhalten wir sie einzig und allein doch nur zu dem Zwecke, um unseren Verpflichtungen als Schuldner nachkommen zu können. Wenn die Regierung diesen Weg gehen will, so glaube ich, ist es ein falscher Weg. Ich warne die Regierung, vielleicht auch noch Zugeständnisse auf politischem Gebiete dafür zu machen, daß man uns 100 Millionen Schilling oder etwas mehr zur Verfügung stellt. Hier befnde ich mich in einem Gegensatz zum Herrn Kollegen Dr. Koll, der gesagt hat, in einer derartigen Situation soll man nicht viel schauen, sondern das Geld nehmen, um auf diese Art der österreichischen Bevölkerung zu helfen. Nein, meine sehr verehrten Frauen und Herren, wenn ein neuerliches Darlehen für Österreich an politischen Bedingungen geknüpft würde, dann würden wir unsere ganze Zukunft verkaufen, wir würden nicht für die Erhaltung dieses deutschen Staates Österreich eingetreten, sondern würden damit selbst diesem Österreich das Ende als deutscher Staat bereiten.

Wir müssen daher an die Regierung die Forderung richten, mit der Verordnung über die Devisensperre nicht länger zuzuwarten, denn wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickeln, wie sie begonnen haben, werden eines Tages die notwendigen Valuten für den Ankauf der wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe nicht mehr vorhanden sein. Es würde von neuem eine ungeheure Not in Österreich entstehen, die unter Umständen dazu führen würde, daß hier Dinge geschehen, die uns nicht angenehm sein können. Die Haut liegt uns doch näher als das Hemd! Wenn das Ausland gar so viel Wert darauf legt, daß wir unseren Schuldnerverpflichtungen nachkommen, dann soll es uns den Weg freigeben, der nicht nur von uns allein, sondern auch von den Nachbarn gezeigt wurde, die uns helfen wollen. Ich verweise in dieser Beziehung auf das Deutsche Reich und auf Italien. Der Herr Bundeskanzler selbst hat von der Bereitwilligkeit dieser beiden Staaten nebst Polen gesprochen, Österreich in der Form zu helfen, wie es das Deutsche Reich vorgeschlagen hat. Wenn uns dieser Weg freigegeben wird, dann kommen auch unsere Gläubiger auf ihre Rechnung, dann werden wir unsere sprichwörtlich gewordene Vertragstreue dem Gläubiger gegenüber auch erfüllen.

Der Herr Bundeskanzler hat sich weiter strikt dagegen ausgesprochen, daß er jede Inflation vermeiden wolle. Wir sind dem Herrn Bundeskanzler dankbar dafür, aber wir müssen heute schon darauf aufmerksam machen, daß wir Änderungen der bestehenden Devisen-

verordnung für unbedingt notwendig halten, denn die Devisenverordnung, so wie sie jetzt gilt, schädigt die österreichische Wirtschaft und damit auch die Währung mehr, als ihr durch diese Bestimmungen genutzt werden kann.

Der Herr Bundeskanzler hat weiter ein Nachtragsbudget angekündigt, das wir bis heute nicht kennen. Wir werden uns dieses Nachtragsbudget sehr genau ansehen. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung, bei dem starken agrarischen Kurs, der in der Regierung heute besteht, wäre es nämlich nicht ausgeschlossen, daß das Nachtragsbudget ganz einseitig nur jene Kreise treffen soll, die nicht dem agrarischen Kurs unterstehen. Infolgedessen ist doppelte und dreifache Aufmerksamkeit notwendig, damit nicht eine einseitige Bevorzugung im Rahmen der Kürzungen des Nachtragsbudgets vor sich gehe.

Der Herr Bundeskanzler hat bei dieser Gelegenheit auch über die Beamtenfragen und über die Pensionistenfragen gesprochen. Wir werden den Herrn Bundeskanzler bei dem Wort nehmen, das er ausgesprochen hat, daß im Zuge des Nachtragsbudgets und der Reformen weitere Kürzungen der Beamten- und Pensionistenbezüge nicht stattfinden werden, soweit es nicht die Verwaltungsreform als solche bedingt.

Zur Verwaltungsreform selbst hat sich der Herr Bundeskanzler auch geäußert. Ich muß allerdings sagen, daß das, was bei der Schaffung dieser Regierung geschehen ist, auch eine Verwaltungsreform ist, aber im umgekehrten Sinn. Denn hier hat nicht eine Verringerung oder Zusammenziehung der Agenden stattgefunden, sondern es wurden im Gegenteil die Agenden gewissermaßen — es wird vielleicht unrecht sein, es zu sagen — im Lizitationsweg aufgeteilt, und das bedeutet gewiß keine Verwaltungsreform.

Der Herr Bundeskanzler hat die dem Hause schon vorliegenden Gesetze als den wesentlichsten Bestandteil für die Durchführung der Verwaltungsreform erklärt: das Vereinsrecht, dann die Führung der Bürgerlisten und noch einige kleinere Vorlagen. Aber eines hat der Bundeskanzler nicht erwähnt, obwohl dies bei den Länderkonferenzen eine ganz bedeutende Rolle gespielt hat. Bei den Länderkonferenzen hat man nämlich von der Kürzung des Instanzenzuges gesprochen. Die Kürzung des Instanzenzuges halte ich von verschiedenen Gesichtspunkten aus für gefährlich; einmal deshalb, weil ich befürchte, daß der Verwaltungsgerichtshof, den man ja doch noch als letzte Rechtsinstanz anrufen kann, eine Verdreifachung und Vervierfachung seines Personals erleben wird. Denn mit dem Abschluß in der zweiten Instanz werden sich sehr viele Leute nicht zufrieden geben, weil diese Kürzung des Instanzenzuges zu einer vollständigen Politisierung unserer ganzen Verwaltung führt. Mag es sich um diese oder jene Angelegenheit handeln, endet das in den meisten Fällen bei der zweiten Instanz, bei der Landesregierung. Wie sind nun die

Landesregierungen zusammengesetzt? Rein politisch. Es werden die Entscheidungen dort auch in den meisten Fällen nach rein politischen Gesichtspunkten getroffen.

Wir stehen auf dem gerade entgegengesetzten Standpunkt, daß unsere Verwaltung entpolitisiert werden muß. Diese Forderung stellen wir ja nicht zum erstenmal auf, sondern wir haben sie schon seit vielen Jahren in diesem hohen Hause vorgebracht. Wir haben mit der Entpolitisierung der Wehrmacht begonnen und haben diese Forderung als eine der konkreten Forderungen hingestellt. Bis heute ist auf dem Gebiete gar nichts geschehen. Im Gegenteil, ich muß sagen: Das, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, ist der typische Ausdruck dafür, daß unsere Wehrmacht vollständig sich in politischer Abhängigkeit und politischer Willkür befindet. Dem Zustand müssen wir ein Ende machen, sonst erziehen wir das, was wir Bundesheer nennen, zu einer Parteigarde heran, und das muß vermieden werden.

Der Herr Bundeskanzler ist an einem weiteren sehr kritischen Punkte bezüglich der Verwaltungsreform vorübergegangen. Allerdings hätte er hier an das Heiligste gerührt. Die Frage „Zentralismus“ oder „Föderalismus“ ist vollständig übergangen worden. Aber die Not wird uns doch einmal zwingen, auch über diese Frage entscheidend zu sprechen. Diese Frage wurde im alten Österreich nicht gelöst, vielleicht deshalb, weil dort die Einstellung der einzelnen Länder genau so war wie heute, weil damals vielleicht auch noch die Nationalitätenfrage eine Rolle gespielt hat. Diese Frage ist aber heute weggefallen. Heute handelt es sich lediglich darum, ob wir mit der Wirtschaft der Länderpaschas aufhören sollen oder nicht. Ich kann schon verstehen, daß es einem christlichsozialen Bundeskanzler schwer wird, diese Frage zu berühren. Es wird aber die Not auch einen christlichsozialen Kanzler einmal zwingen, dieser Frage näherzutreten.

Der Herr Bundeskanzler hat weiter in seiner Erklärung von der Bundesbahnfrage gesprochen und hat zum Ausdruck gebracht, daß es der ernste Wille der Regierung sei, die Bundesbahnen als selbständigen Wirtschaftskörper zu erhalten, und daß, wie der Herr Bundeskanzler sich bei einer anderen Gelegenheit ausgesprochen hat, die Regierung nicht daran denke, die Bundesbahnen vielleicht zu verkaufen oder zu verpachten. Ich begrüße das letztere, aber ich begrüße es nicht, daß der Herr Bundeskanzler auch heute noch auf dem Standpunkt steht, daß die Bundesbahnen als selbständiger Wirtschaftskörper erhalten bleiben. Wir haben seit dem Jahre 1923 sehen können, daß die Form, in der jetzt die Bundesbahnen geführt werden, nicht das Ideal darstellt, und wir verlangen nach wie vor die Rückführung der Bundesbahnen in die Hoheitsverwaltung. Wenn die Bundesbahnen gedeihen sollen, so sind allerdings große Reformen notwendig,

aber die sind im Rahmen der Hoheitsverwaltung ebenso oder vielleicht noch leichter möglich als im Rahmen eines selbständigen Wirtschaftskörpers.

Dann konnten wir in der letzten Zeit beobachten, daß die Regierung selbst durch ihre Maßnahmen, durch ihre Konzessionerteilungen den Bundesbahnen die allergrößte Konkurrenz geschaffen hat. Wenn heute beispielsweise Gütertransporte per Auto von Wien bis Innsbruck rollen, parallel mit der Eisenbahn, wenn man jetzt daran denkt, diese Güterbeförderung noch bis Bregenz auszudehnen, so ist das eine Konkurrenzierung des eigenen Unternehmens durch die Regierung. Derartige Dinge sind unverständlich. Ich begrüße es, wenn die Frachtautounternehmungen und auch die Personen befördernden Autounternehmungen den Zufuhrdienst für die Bundesbahnen übernehmen. Dort soll der Staat nicht eingreifen, das soll man der Privatinitiative überlassen, aber daß man auf derselben Linie förmlich sich selbst eine Konkurrenz schafft, das halte ich für vollständig versehlt, und das kann nie zu einer Gesundung der Bundesbahnen führen.

Der Herr Bundeskanzler hat weiters bezüglich der Einführverbote einige Worte verloren. Ich möchte über die Einführverbote kurz im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr sprechen, über dessen Wert der Herr Bundeskanzler sich auch ausgesprochen hat. Der Fremdenverkehr ist in Österreich heute vielleicht, wenn ich so sagen darf, die einzige Industrie, die wirklich noch dem Lande nennenswerte Einnahmen sichert. Für ein anderes Land mag ein striktes Einführverbot für einen viel ausgedehnteren Kreis von Waren zulässig sein; wenn es sich aber um ein Land handelt, das nicht allein im Winter, sondern auch im Sommer auf den Fremdenverkehr angewiesen ist, müßte doch bei den über Einführverbote entscheidenden Stellen einmal darüber nachgedacht werden, was der Fremde, der zu uns kommt und sich bei uns wohlfühlen will, braucht. Ich bin ohne weiteres dafür, daß die heimische Bevölkerung zu einer spartanischen Sparsamkeit angehalten werde, daß die heimische Bevölkerung eine Menge Luxusgegenstände nicht braucht, die heute noch nach Österreich eingeführt werden; aber für die Fremden, die zu uns kommen und sich bei uns wohlfühlen wollen, müßte eine gute und vernünftige Verwaltung eine entsprechende Ausnahme schaffen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch über die Vereinigung der Credit-Anstalt-Angelegenheit gesprochen und gesagt, daß die jetzige Verwaltung der Credit-Anstalt entsprechende Entwürfe ausgearbeitet habe. Ich glaube, er meint jene Entwürfe, von denen ich in diesem hohen Hause schon einmal gesprochen habe, Entwürfe, die uns auf 40 Jahre, also uns, unsere Kinder und unsere Kindeskinder zu einer großen Tributleistung heranziehen würden, die im Zusammenhang mit der Nationalbank jährlich 36 Millionen

Schilling beträgt. Ich kann mich mit diesem Vergleichsangebot der jetzigen Verwaltung der Credit-Anstalt nicht einverstanden erklären. Wir müssen doch bedenken, daß wir, der Bund, im Falle der Credit-Anstalt nicht der schuldtragende Teil sind, sondern nur den helfenden Teil darstellen, der in einer überaus kritischen Situation eingesprungen ist, und daß wir und unsere Kinder und Kindeskinder dafür nicht gestraft werden dürfen. Es wäre Aufgabe der Regierung, auf die Verwaltung der Credit-Anstalt entsprechend einzutreten, damit ein anderes Angebot ausgearbeitet werde, und daß man schließlich und endlich doch erklären muß: ja, wenn es nicht anders ginge, müßte auch die Credit-Anstalt den Weg aller anderen Unternehmungen gehen, die so ähnlich gearbeitet haben, wie es die Credit-Anstalts-Verwaltung getan hat.

Der Herr Bundeskanzler hat ferner vom Schutz der heimischen Waren gesprochen. Ich stimme darin mit ihm vollständig überein. Aber der Schutz der heimischen Ware darf nicht einzige und allein auf Kosten der Konsumenten gehen. Der Herr Bundeskanzler hat ja angekündigt, daß durch die Einfuhrsperrre nicht Preissteigerungen eintreten dürften. Da möchte ich schon den Herrn Bundeskanzler recht eindringlich ersuchen, darauf zu schenken, denn das, was wir in der letzten Zeit beobachten konnten, beweist, daß der Schutz der heimischen Waren vielfach schon zu Preissteigerungen geführt hat.

Der Herr Bundeskanzler hat sich ein reiches Programm durchzuführen vorgenommen. Die Voraussetzung für die Durchführung dieses Programms ist aber nicht allein die tätige Mitarbeit aller in diesem hohen Hause, sondern die oberste Voraussetzung dafür ist, daß in unserer Heimat Ruhe und Ordnung herrschen. Diese zwei Worte, für die wir, weil wir sie vielleicht öfter im Munde geführt haben als andere, nicht gelobt, sondern getadelt wurden. Wohin es führt, wenn Ruhe und Ordnung gestört werden, konnten wir dieser Tage in Tirol erleben. Es ist tief bedauerlich, was da in Höttling, einer Nachbargemeinde Innsbrucks, am vergangenen Freitag geschehen ist. Eben um diese Stunde wird eines der Opfer dieser blutigen Zusammenstöße der kühlen Erde übergeben. Es ist in Tirol eine ganz neue Erscheinung, daß politische Auseinandersetzungen damit enden, daß Menschen ihr Leben verlieren. Politische Auseinandersetzungen gehörten gewiß auch in Tirol nicht zu den Seltenheiten, weil die herrschende Partei, seinerzeit die Konservativen, später die Christlichsozialen oder beide miteinander nicht duldeten, daß ihr politisches Monopol gewissermaßen durchbrochen werde. So war es in vielen Gemeinden, ja in ganzen Tälern anderen Parteien nicht möglich, Versammlungen abzuhalten. Die älteren Mitglieder dieses hohen Hauses — ich möchte hier den Herrn Kollegen Abram zum Zeugen aufrufen — werden

sich noch an die berühmte Schlacht von Stumm im Zillertal erinnern, die darauf zurückzuführen war, daß ein freiheitlicher Bauer, es war der alte Schamberger, den Mut aufbrachte, im Zillertal zu erscheinen und dort die Bauern mit seiner wirtschaftlichen und Weltanschauung bekanntzumachen. Damals kam es auch zu einer schweren Auseinandersetzung, aber sie hat nicht so geendet, wie dieser traurige Zwischenfall in Höttling. Noch bei den letzten Wahlen des Jahres 1930 konnten wir sehen, daß ähnliche Methoden von anderer Seite angewendet wurden. Damals waren es die Heimatwehr und die Nationalsozialisten, die gerade gegen uns Großdeutsche alles mobil machten, die anderen Parteien vollständig in Ruhe ließen, aber gegen uns losgingen als diejenigen, die Ruhe und Ordnung als oberstes Gebot hingestellt hatten.

Wenn es nun in Höttling zu solchen Geschehnissen kam, so erblicken sehr viele darin lediglich eine böse politische Entartung. Sie denken nicht darüber nach, daß da vielleicht auch noch tiefere Gründe maßgebend gewesen sein mögen. Von diesen tieferen Gründen möchte ich nun mit wenigen Sätzen sprechen. Vergangenwärtigen wir uns einmal, welche Leute dort gegeneinander standen — in ungleicher Stärke, das muß festgehalten werden. Die Sozialdemokraten gemischt mit Kommunisten waren wesentlich stärker als die Nationalsozialisten, die zum erstenmal auf Höttlinger Boden sich Geltung zu verschaffen suchten. Auf beiden Seiten waren es in der Haupfsache Arbeitslose und solche, die die Arbeitslosigkeit vor sich haben, junge Menschen, die noch nicht in die Wirtschaft eingetreten sind, die aber auch die Sehnsucht haben, einmal werktätig im Sinne der Gesamtwirtschaft sein zu können, Menschen, die aber sehen, daß es nicht möglich ist, heute zu Arbeit und Brot zu kommen, Menschen, die dadurch zu der Überzeugung gekommen sind: für uns gibt es nichts mehr zu verlieren, wir können nur gewinnen, wenn wir uns gegen das Bestehende wenden. Was sich in Höttling ereignete, ist ein kleines Flammenzeichen für eine Entwicklung, die vielleicht noch größere Formen annehmen kann.

Ich möchte hier ein offenes Wort zur sozialdemokratischen Partei sprechen. Die sozialdemokratische Partei hat für sich immer das Recht in Anspruch genommen, Schützerin der Demokratie und der Freiheit zu sein. Wenn ich aber auf diesem Standpunkt stehe, dann darf ich es andern nicht unmöglich machen, auch von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Die Sozialdemokraten und wir Freiheitliche haben in Tirol sehr viel über die Unzulänglichkeit und die Unterbindung der politischen Freiheit geplagt, und nunmehr glaubt die Sozialdemokratie in einem Ort, wo sie die stärkste Partei ist, anderen das Recht nehmen zu können, sich dort politisch zu äußern.

Damit will ich absolut nicht die Gegner der Sozialdemokratie in Höttling in Schutz nehmen.

Aber eines möchte ich noch aussprechen. Ich möchte den Herrn Bundeskanzler, der ja in den Schlussfazzen seiner Regierungserklärung von Aufmarschverboten und ähnlichen Dingen gesprochen hat, bitten, die Untersuchung nicht allein gegen die unmittelbaren Täter dieses nicht genug zu verurteilenden Schauspiels, sondern auch gegen die mittelbar Schuldtragenden mit aller Strenge führen zu lassen. Und da muß ich sagen, daß die politische Behörde in Tirol ein recht gerüttelt Maß an Schuld hat. Es ist nicht erst am vorigen Freitag abends bekannt geworden, daß in Höttling, also auf engem Raum, zwei Versammlungen stattfinden, und zwar von zwei Gruppen, die sich bis aufs Messer bekämpfen. Die politische Behörde mußte davon unterrichtet sein. Was hat sonst die politische Behörde unter ähnlichen Verhältnissen getan? Sie hat beide Versammlungen oder Aufmärsche untersagt und hat so ähnliche Ereignisse wie in Höttling verhindert. Diesmal hat aber die politische Behörde nichts unternommen. Sie hat es der politischen Exekutive, der Gendarmerie und der Polizei, überlassen, in dem Augenblick, wo die Bewegung schon in vollem Gange war, rettend einzutreifen. Wie die Gendarmerie und auch die Polizei in Aktion getreten sind, haben sie ihre Pflicht erfüllt, aber sie haben der Masse gegenüber nicht verhindern können, daß es zu diesen bedauerlichen Zwischenfällen gekommen ist. Ich kann nicht annehmen, nachdem die politischen Behörden in Tirol so ziemlich mit der stärksten politischen Partei im Lande identisch sind, daß man hier, weil die Nationalsozialisten dieser politischen Partei in der letzten Zeit wiederholt unangenehm geworden sind, sich gesagt hat: Wir möchten einmal die Rolle des lachenden Dritten spielen. Das wäre natürlich ein ungeheures Verbrechen, und ich bitte den Herrn Bundeskanzler, auch in dieser Richtung die Untersuchung führen zu lassen. Denn nicht um der Menschenleben allein müssen derartige Dinge vermieden werden, sondern es müssen Zusammenstöße auch deshalb verhindert werden, damit, wenn auch nicht das ganze, so doch ein Teil des Programms des Herrn Bundeskanzlers durchgeführt werden kann, und ferner auch aus dem Grunde, damit nicht Handel und Wandel und nicht zuletzt auch der Fremdenverkehr durch derartige Aufmärsche und Auseinandersetzungen schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Ruhe und Ordnung scheinen mir die Hauptvoraussetzungen zu sein, die der Herr Bundeskanzler braucht, wenn er sein Programm durchsetzen will. Das möchte ich zum Schluße sagen.

Wir haben das Regierungsprogramm des Herrn Bundeskanzlers gehört, wir wünschen ihm, daß er sich in seinen eigenen Kreisen mit seinem Programm durchsetzt. Wir aber müssen sagen, die Kunde hören wir wohl, doch bis jetzt fehlt uns der Glaube, daß

es dem Herrn Bundeskanzler gelingen wird, sich in seinen eigenen Kreisen mit seinem Programm durchzusetzen. (Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)

Dr. Hueber: Sehr geehrte Frauen und Herren! Unser Vertrauen zur heutigen Regierung gründet sich nicht etwa auf die Regierungserklärung an sich. Regierungserklärungen sind im allgemeinen etwas Billiges und beweisen noch keineswegs, daß das, was in ihnen enthalten ist, auch wirklich geschieht. Wenn wir trotzdem zu der heutigen Regierung eine andere Stellung einnehmen als zu ihren Vorgängerinnen, so hat das seine ganz bestimmten Gründe.

Zunächst einmal in der Bestellung der Regierung. Der Herr Bundespräsident war bis vor kurzem der Auffassung, daß die Bevölkerung in Österreich eine Regierung der unbefestigten Mitte wünsche. Der Herr Bundespräsident hat den Wahlausgang vom Jahre 1930 so gewertet, daß unsere Bevölkerung in Österreich den Faschismus, den Zug nach rechts überhaupt, ablehnt. Wir begrüßen es außerordentlich, daß der Herr Bundespräsident in diesen Ansichten nunmehr eine Wandlung hat eintreten lassen, daß er dem Zug nach rechts, der nicht nur durch die ganze deutsche Welt, sondern auch durch den Großteil Europas geht, nunmehr Rechnung getragen und eine Regierung bestellt hat, die sich ebenfalls auf dieser Linie bewegt. Dieser Zug nach rechts hat ja gerade gestern ganz besonders deutlich in Deutschland seinen Ausdruck gefunden und hat dort auch einen Regierungsrücktritt ausgelöst. Es ist klug und staatsmännisch, einer solchen Entwicklung durch geeignete Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Dagegen betrachten wir die Entwicklung für Österreich keineswegs als abgeschlossen. Wir sind keineswegs in diese Regierung eingetreten, um nunmehr den Kampf gegen das heutige herrschende System aufzugeben, indem sich, wie sich gerade in den letzten Tagen auch wieder in Österreich gezeigt hat, das Untermenschtum in einer unglaublichen Art breitmachen kann. Wir erinnern an Höttling, an Donawitz, an Börgl, an Linz usw. Dort haben wir gesehen, welcher Zug nun durch diese Kreise unserer Bevölkerung geht, und es ist klar, daß nur eine starke Rechtsregierung, eine Regierung, die entschlossen ist, gegen diese Verbrechen mit aller Entschiedenheit aufzutreten, der Lage in Österreich heute noch Herr werden kann. Wir werden den Kampf gegen dieses System auch in unseren neuen Stellungen unvermindert fortführen. Wir werden diese neuen Stellungen dazu ausnutzen, nicht nur selbst vorzufohlen, sondern auch in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch der Volksvertreter — das sagen wir ganz offen — für unsere Idee Raum zu gewinnen und manchen,

die uns heute noch ablehnend gegenüberstehen, zu zeigen, was wir wirklich wollen, und daß ohne Verhebung, nur auf Grund sachlicher Erwägungen und Auseinandersetzungen der Kampf gegen das heutige System seine tiefe Berechtigung hat. Wir sind überzeugt, daß uns auf diesem Wege noch mancher Erfolg beschieden sein wird.

Was wir an der Regierungserklärung des Bundeskanzlers begrüßen, ist der energischere Ton, der sie von früheren Regierungserklärungen unterscheidet, nicht nur durch den Tonfall, in dem sie abgegeben wurde, sondern auch inhaltlich insofern, als nunmehr eine stärkere Betonung unseres österreichischen Egoismus in den Vordergrund getreten ist. Ich glaube, wir haben uns allzu lang durch vage Hoffnungen auf den Völkerbund, durch vage Hoffnungen auf die Gütherzigkeit von Auslandgläubigern, durch vage Hoffnungen auf irgendwelche internationale Finanzkomitees von dem Wege abhalten lassen, den Österreich schon längst hätte betreten sollen — das ist der Weg der Selbsthilfe, auch in der Außenpolitik, ohne Rücksicht auf die Wehleidigkeit gewisser Nachbarn und sonstiger Mächte in Europa.

Es ist für uns, gerade für uns vom Heimatschutz von vornherein klar, daß die große Entwicklungslinie, in der sich Österreich bewegt, nur die deutsche Linie sein kann. Wir begrüßen daher die Worte des Herrn Bundeskanzlers vor allem gegenüber Deutschland. Wir sind uns in unserer Fraktion und in unserer gesamten Bewegung einig darüber, daß sich Österreich um keinen Preis in eine Föderation nach den Plänen des Herrn Tardieu hineinzwängen und unter keinen Umständen den Weg nach Deutschland, den Weg in die gesamtdeutsche Freiheit überhaupt jemals abschneiden lassen darf.

Wir sind aber auch der Ansicht, daß nunmehr das Problem der wirtschaftlichen Selbsthilfe, das ja mit dem Problem unserer politischen Freiheit auf das allerengste zusammenhängt, mit aller Energie angepackt werden muß, nicht nur in Regierungserklärungen, sondern auch in praktischen Maßnahmen der Regierung. Daß es dabei mitunter auch unpopuläre Maßnahmen geben wird, daß man hier und da auf Wehleidigkeit auf der einen oder anderen Seite keine Rücksicht wird nehmen können, ist in der Härte und Not unserer Zeit begründet und wird nicht zu vermeiden sein. Zur Selbsthilfe werden wir schreiten müssen auf dem Gebiete der Finanz- und Währungspolitik, zur Selbsthilfe gegenüber schwerhörigen Auslandgläubigern, zur Selbsthilfe vor allem bei der Regelung der brennendsten Angelegenheit, die uns wirtschaftlich gegenwärtig bedroht, bei der Regelung der Credit-Anstalts-Angelegenheit, und auch hier ohne jede Rücksicht auf irgendwelche Zusammenhänge, auf irgendwelche mächtige Einflüsse aus der Finanzwelt, ohne Rücksicht auf die Personen, die dabei betroffen werden. Wir werden

weiterhin auch auf der Auflösung der Schuldfrage in ihrem vollen Umfang und auch auf der Durchführung nicht nur der Strafverfahren, sondern auch der Schadenersatzverfahren gegen die Schuldtragen- den bestehen.

Wir müssen weiterhin den Weg der Selbsthilfe mit der Regierung gehen, was die Arbeitsdienstpflicht anbelangt. Es gibt in Österreich eine Unmenge von Arbeit zu leisten, eine Menge von Arbeit, die auf fleißige Hände wartet. Auf der andern Seite gibt es Hunderttausende von fleißigen Händen, die auf Arbeit warten, und beide können nicht zusammenkommen, weil die bisherigen Regierungen unter anderm auch aus Furcht vor der Opposition der Linken es nicht gewagt haben, dieses Problem tatkräftig anzugehen. Dieses Problem muß aber gegen jeden Widerstand angegangen werden, und je schärfster hier der Kampf wird, desto mehr Freude wird er uns bereiten.

Es ist eine selbstverständliche und alte Forderung von uns — und wir begrüßen es, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Erklärung diese Forderung unterstrichen hat —, daß nunmehr der Schutz der Inlandproduktion auf eine ganz andere Basis gestellt werden muß, als das bisher der Fall war. Wir begrüßen es vor allem, daß man sich anscheinend auch in der Regierung zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß es im öffentlichen Leben zweierlei Bilanzen gibt, die von volkswirtschaftlich eminenter Bedeutung sind, und daß nicht nur die Staatsbilanz, das Staatsbudget, das Ausschlaggebende ist, sondern daß die viel wichtigere Bilanz, von deren Gestaltung auch die Einhaltung jedes Staatsbudgets, und sei es noch so bescheiden, abhängt, die Zahlungsbilanz unserer gesamten Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland ist. Diese Zahlungsbilanz wird selbstverständlich von dem Güter austausch und den sonstigen Mitteln des Einkommens unserer Volkswirtschaft beeinflußt. Wenn nunmehr Einfuhrverbote und dergleichen Maßnahmen getroffen werden, so sind wir uns klar darüber, daß die Tendenz dieser Maßnahmen nicht dahin gehen darf, auch unsere Ausfuhr möglichst zu verkleinern, das heißt die Ein- und Ausfuhr möglichst herabzusetzen, sondern daß sie dahin gehen muß, die Handelsbilanz möglichst auszugleichen. Wir wissen, daß Österreich auf die Ausfuhr angewiesen ist, und alle Wirtschaftsmaßnahmen dürfen daher nur den Zweck haben, die nötigen Ausfuhrmöglichkeiten zu erzwingen. Nicht eine Drosselung unserer Produktion darf die Folge sein, sondern eine vernünftige Steigerung. Wenn man zu dieser nur auf dem Umwege über harte Maßnahmen gelangen kann, so muß man sich eben trotz aller Härten entschließen, diese Maßnahmen zu treffen, und auch hier wird uns die Regierung stets an ihrer Seite finden.

Wenn wir trotzdem der Regierungserklärung bisher keinen Beifall gezollt haben, so hat das darin seinen Grund, weil man eben zu Worten allein keinen Beifall klatschen soll. Wenn dagegen die Regierung das verwirklicht, was sie angekündigt hat, so werden wir diejenigen sein, die sicherlich am lautesten unsern Beifall äußern werden. Wir sind der Überzeugung, daß jetzt noch eine Möglichkeit besteht, Österreich vor dem Untergang, vor der Auslandversklavung, zu retten, und es wird von dieser Regierung abhängen, ob das gelingen wird oder nicht. Wir sind nun in der Lage, diese Regierung zu haben, die Regierung steht vor den Aufgaben, und daher müssen wir alles daransezten, daß diese Aufgaben auch gelöst werden können.

Der Beginn der Regierungstätigkeit war ein freundlicher Auftakt. Die Aufhebung des Aufmarschverbotes gibt uns nunmehr Lust, uns vor dem Volke freier zu betätigen, als es bisher möglich war. Die Aufhebung des Aufmarschverbotes wird aber eines zur Folge haben: daß man nunmehr in Österreich wieder etwas klarer zu sehen beginnen wird, wie die Lage in Wirklichkeit steht. Es hat gar keinen Zweck, sich selbst über die wahre Situation hinwegzutäuschen, es hat gar keinen Zweck, hier Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und sich über die Gefahren, die von da und dort auftauchen, hinwegzutäuschen. Wenn man die Lage meistern will, dann muß man den Mut haben, sich das Kräftepiel in Österreich mit offenen Augen anzusehen. Wenn es dabei mitunter etwas schärfer und radikaler, etwas unruhiger zugeht als bisher, dann wird dies den großen Vorteil haben, daß die weitesten Kreise der Bevölkerung wieder darauf aufmerksam gemacht werden, wie es wirklich in Österreich steht und welche Mittel in Österreich angewendet werden müssen, um zu einer wahren inneren Ordnung zu gelangen. Mit einer blinden Gleichheit wird hier gar nichts ausgerichtet werden, sondern man wird sich gegen jenes Untermenschtum mit aller Entschiedenheit wenden müssen, das sich gerade in den letzten Tagen wieder in jener bodenlosen und schamlosen Art und Weise gezeigt hat, daß man nicht einmal vor der Massakrierung von Verwundeten, die in Krankenwagen abtransportiert wurden, zurückgeschreckte. Wir vom Heimatschutz werden bezüglich des Aufmarschverbotes keinen Zustandpunkt einnehmen, wir werden keinen Missbrauch mit der Aufhebung des Aufmarschverbotes treiben. Wir werden gewiß nicht den Fremdenverkehr stören — darüber mögen alle beruhigt sein. Es gibt auch kaum irgendeinen Fremden, der sich durch Heimat-schutzaufmärsche abschrecken läßt, dagegen gibt es eine ganze Menge von Fremden, die sich durch bolschewistische Unruhen, wie sie sich kürzlich in Leoben gezeigt haben, abschrecken lassen. (Zischenrufe links.)

Freundlich betrachten wir auch die erste wirtschaftliche Maßnahme der Regierung, bei der gerade der so heftig angefeindete Minister Dr. Jakonig auch ein Wesentliches zum Gelingen beitragen konnte — das ist der Beginn der Regelung unseres Kohlenbergbaues. Auch hier handelt es sich um ein Spezialgebiet. Wir sind weit entfernt davon, diese erste Maßnahme in ihrer Tragweite zu überschätzen, aber sie liegt in der Linie, die beschritten werden muß, und wir hoffen, daß die Regierung diesen Weg mit der nötigen Entschiedenheit auch weiter gehen wird.

Aber nun muß ich mich doch auch noch mit den letzten Ausführungen des Herrn Dr. Otto Bauer befassen. Was dieser bolschewistische Jude, muß ich sagen, sich da geleistet hat . . . (Stürmische Zwischenrufe links. — Dr. Deutsch: Frecher Lausbube! — Witternigg: Lausbube!)

Präsident Dr. Namet (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Fortgesetzte Zwischenrufe links. — Stika: Lausbube! Der wird nicht reden! — Wallisch: Lausbube! Lausbube!)

Dr. Hueber: Herr Dr. Otto Bauer hat gemeint, daß Neuwahlen . . . (Anhaltende, lärmende Zwischenrufe links. — Gegenrufe auf der äußersten Rechten.)

Präsident Dr. Namet (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! (Lebhafte Zwischenrufe links. — Ruf: Der wird nicht reden! — Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)

Präsident Dr. Namet (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Herr Abg. Dr. Hueber, ich ertheile Ihnen den Ordnungsruß wegen Beleidigung eines Mitgliedes des Hauses! (Rufe auf der äußersten Rechten: Heil Hueber! — Stürmische Gegenrufe links. — Stika: Er ist ein Lausbub!) Ich ertheile Ihnen auch den Ordnungsruß! (Sever: Er hat sich lausbüisch benommen!) Ich habe ihm den Ordnungsruß erteilt. (Sever: Trotzdem hat er sich lausbüisch benommen!) Herr Abg. Sever, ich ertheile Ihnen den Ordnungsruß! (Anhaltende Zwischenrufe.) Und jetzt bitte ich um Ruhe!

Dr. Hueber (fortfahrend): Herr Dr. Bauer meint, daß auch wir das Volksgericht von Neuwahlen zu scheuen haben. (Lärmende Zwischenrufe links.) Er meint, daß Neuwahlen damit enden würden, daß wir . . . (Andauernde Zwischenrufe und Lärm.) . . . daß unsere Fraktion aus dem Parlament verschwinden würde. (Dr. Deutsch: Das Volksgericht jagt euch zum Teufel, Sie kommen nicht mehr her! — Brachmann: So ein Dreckker! — Andauernde, lärmende Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Namet: Herr Abg. Brachmann, ich rufe Sie zur Ordnung! (Neuerliche Zwischenrufe und Lärm.) — Lichtenegger: Sie Jud,

halten Sie einmal die Pappen! — Stürmische Gegenrufe links. — Großer Lärm. — Präsident Dr. Ramek gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Dr. Hueber (fortfahrend): Er hat gemeint, daß das Volksgericht von Neuwahlen unsere Partei, unsere Fraktion hinwegfegen würde. (Andauernde Zwischenrufe und Lärm links. — Gegenrufe rechts.)

Präsident Dr. Ramek (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Dr. Hueber (fortfahrend): Wie sich das verhält, wird sich ja bei Neuwahlen zeigen. Über das eine steht schon jedenfalls heute fest: die Roten werden nicht die Nutznießer von Neuwahlen sein. Demn der Zug nach rechts, der sich, wie gesagt, im ganzen deutschen Sprachgebiete zeigt, der wird sich bei Neuwahlen auch in Österreich zeigen (Zustimmung auf der äußersten Rechten). — Lebhafte Zwischenrufe links), und es wird ein schwacher Trost für die Linke dieses Hauses sein, wenn wir dabei Mandate an andere verlieren würden. (Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)

Präsident Dr. Ramek: Ich bitte um Ruhe!

Dr. Hueber (fortfahrend): Wir sind großzügig genug und wir sind radikal rechts eingestellt genug, um gerade in diesen Dingen nicht kleinlich zu sein.

Und nun zu den niederträchtigen Verleumdungen über den Minister Jakonig. Dass Dr. Jakonig dem Kameraden Major Pabst die Treue gehalten hat, das ehrt ihn in unseren Augen nur. (Lebhafte Zwischenrufe links.) Dass er entschlossen war, ihm die Treue zu halten bis zum Letzten, bis zum äußersten Mittel, das steigert in unseren Augen nur sein Ansehen. (Stürmische Zwischenrufe links.) — Rufe: Zivio! — Präsident Dr. Ramek gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Und wir freuen uns nicht nur, den Kameraden Dr. Jakonig als Mitarbeiter zu besitzen, sondern wir freuen uns noch mehr, den Kameraden Major Pabst wieder bei uns als Mitarbeiter in Österreich begrüßen zu können. (Lebhafte Pfui!-Rufe links. — Beifall auf der äußersten Rechten.)

Aber wenn nun verschiedene Herrschaften sich da immer aufregen über Revolution und über Bruch der Demokratie — besonders der Herr Dr. Bauer —, so möchte ich denn doch wieder auf die Vergangenheit verweisen und ich bedaure es, wenn ich so wie Dr. Bauer wieder einmal einen alten Kohl aufwärmen muß. Es ist auf der linken Seite des Hauses so üblich, mit den ältesten Kohlsuppen herzukommen, aber dieses Beispiel zwingt uns auch, an gewisse Dinge zu erinnern, die sich seinerzeit abgespielt haben. Das politische Verbrechertum in Österreich wird ja charakterisiert durch gewisse Namen. (Lebhafte Zwischenrufe links.)

Präsident Dr. Ramek: Ich bitte, Herr Abg. Dr. Hueber, beleidigen Sie nicht!

Dr. Hueber: Ich erinnere an den Herrn Dr. Fritz Adler, ich erinnere an den Revolutionär Wallisch aus Ungarn (Pfui!-Rufe auf der äußersten Rechten), und ich erinnere an die Rolle, die Herr Dr. Bauer selbst am 15. Juli 1927 gespielt hat, wo auch er versucht hat, eine Regierung durch Einschüchterung wegzubringen und sich an ihre Stelle zu setzen (Lachen links) — ein Manöver, das damals vorbeigegangen ist. (Zwischenrufe links.) Wir überlassen es ruhig dem Urteil aller vernünftig Denkenden, die Verfassungstreue und die Wehrleidigkeit in demokratischer Beziehung gerade dieser Linken, der Herren Sozialdemokraten, richtig zu beurteilen. (Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig!) Unsere Bevölkerung weiß längst, was sie davon zu halten hat. Ich hoffe aber auch, daß die Regierung weiß, was sie davon zu halten hat, und daß sie die nötige Kraft gegenüber diesen Bestrebungen bewahren wird.

Was nun die Staatsbürgerschaft des Dr. Jakonig anbelangt, so handelt es sich hier wiederum um eine niederträchtige Verleumdung. Ich möchte aber erinnern, daß manche Leute in bezug auf die Staatsbürgerschaft sonst sehr weitherzig sind. Ich erinnere da an die zahlreichen Galizianer, die in Wien eingebürgert worden sind (Lebhafte Beifall rechts), und zwar speziell von diesen Herrschaften da drüber. (Zwischenrufe links.) Aber um auf diesen Punkt von tiefster Bedeutung näher einzugehen: da finden die Herren, die von Menschen aus demselben Blut geführt sind, natürlich nichts daran. Aber ich möchte auch etwas anderes sagen. Es ist ganz unerhört und eine niederträchtige Frechheit, eine Einbürgерung in Südtirol gewissermaßen als eine Schande hinzustellen; im Gegenteil, wir müssen allen denjenigen, die in Südtirol ausgeharzt haben, um sich dort einzubürgern, obwohl sie Gelegenheit gehabt hätten, hier ein bequemeres Los sich zu schaffen, die größte Hochachtung entgegenbringen. (Lebhafte Zwischenrufe links.) Das hat aber doch mit Herrn Dr. Jakonig nicht das geringste zu tun, weil er eben niemals die österreichische Staatsbürgerschaft aufgegeben hat.

Eine besondere Infamie ist die Sache mit dem Zivilprozeß. Herr Dr. Otto Bauer hat einen Zivilprozeß dazu herangezogen, um jemanden in der weiten Öffentlichkeit herabzusezen — einen Zivilprozeß noch dazu, an dem der Minister selbst gar nicht beteiligt ist. Das ist wohl dem Herrn Dr. Otto Bauer vorbehalten geblieben —, soweit hat sich noch niemand herunterbegeben in die Pfütze des politischen Morastes. (Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig! — Lachen links. — Zwischenrufe.)

Dr. Ramek: Ich bitte sehr, Herr Dr. Hueber, ich mache Sie noch einmal aufmerksam, daß Sie kein Mitglied des Hauses bekleiden dürfen. (Doktor

Koref: Das ist eine Schande, daß man Sie gewählt hat! — **Wallisch:** Es ist eine Schande für das Parlament, daß Sie hier sind! — **Stürmische Zwischenrufe links und Gegenrufe auf der äußersten Rechten.**

Dr. Hueber: Hier handelt es sich aber um ernstere Dinge, als um die letzte Rede des Herrn Dr. Otto Bauer. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir in den jüngsten Ereignissen in Österreich, in den Zusammenstößen in Donawitz, in Höttling, in Innsbruck selbst, in Linz und in Wörgl usw. nicht bloß Zufallserscheinungen sehen, sondern feststellen, daß hier die Volksseele wieder einmal von einer bestimmten Zentralstelle angeheizt wird und zum Kochen gebracht werden soll. (*Stürmische Zwischenrufe links und Gegenrufe auf der äußersten Rechten.*) Ich erinnere daran, daß die Entwicklung vor dem 15. Juli 1927 ganz ähnliche Wege gegangen ist, und alle in diesem Hause, die nicht rot sind, werden wohl diese Flammenzeichen wahrnehmen und beachten müssen, werden die nötigen Schlüsse daraus ziehen müssen. Die politische Atmosphäre in Österreich ist jetzt kampfgeschwächt, und das freut uns, meine Herren! Und je schärfer der Kampf wird, desto lieber werden wir ihn führen, und je schärfer die Regierung diesen Kampf führen wird, je rücksichtsloser sie ihn führen wird, desto fester wird sie uns an ihrer Seite finden. Das ist der Gruß, den wir der Regierung Dollfuß bringen. (*Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten. — Pfui!-Rufe links.*)

Dr. Bauer: Hohes Haus! Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, um dem unmittelbaren Vorredner zu antworten, sondern ausschließlich zu dem Zwecke, um dem Herrn Bundeskanzler zu erwidern.

Hohes Haus! Ich habe in der vorigen Parlamentsitzung eine ganze Reihe von Vorkommnissen aus dem Vorleben des Herrn Handelsministers angeführt und beantragt, das Haus solle einen Untersuchungsausschuß einsetzen, der diese Vorkommnisse zu prüfen habe. Der Herr Bundeskanzler ist zu meinem Bedauern nicht auf alle diese Vorkommnisse, die ich angeführt habe, eingegangen, sondern nur auf eine einzige Frage, nämlich auf die, ob der Herr Dr. Jakonig, der zum Handelsminister ernannt worden ist, österreichischer Staatsbürger ist oder nicht. Ich konstatiere zunächst einmal, was der Gegenstand des Streites ist. Es ist unbestritten, daß der Herr Dr. Jakonig österreichischer Staatsbürger war, es ist unbestritten, daß er dann seinen Wohnsitz nach Meran verlegt hat, was ich ihm durchaus nicht zum Vorwurf gemacht habe, sondern meine Bemerkungen gingen dahin — ich lese hier aus der Niederschrift des stenographischen Protokolls vor (*liest*):

„Es wird berichtet, daß nach der Heimkehr des Herrn Jakonig, der damals durch Option italieni-

scher Staatsbürger war, die Wiedererwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht nach den Vorschriften unserer Gesetze erfolgt sei.“ (*Neustädter-Stürmer: Womit belegen Sie das?*) Ich werde das gleich belegen. Ich biete Ihnen an: Lassen Sie das durch einen Untersuchungsausschuß des Parlaments prüfen und feststellen. (*Zwischenrufe.*)

Wie steht nun die Frage zunächst? Ich folge dem Herrn Bundeskanzler auf sein Gebiet mit der Staatsbürgerschaft des Herrn Dr. Jakonig. Es ist nicht unwesentlich, da nach Artikel 70 der Bundesverfassung zum Minister nur ernannt werden kann, wer österreichischer Staatsbürger ist.

Hohes Haus! Der Herr Handelsminister Jakonig war einmal unzweifelhaft österreichischer Staatsbürger. Sein Vater, der Herr Karl Jakonig, Oberförstrat, ist am 5. August . . . (*Lichtenegger: Was war Ihr Vater? Binkeljud!* — *Stürmische Entrüstungsrufe links.*) Der Herr Zwischenruber ist falsch unterrichtet. Der Vater des Herrn Jakonig war nicht Jude, sondern Slowene. (*Heiterkeit links.*) Der Herr Jakonig, der ursprünglich in Krain als Forstbeamter tätig gewesen ist, später in Istrien, ist infolge Versehung nach Innsbruck am 5. August 1918 dort wirklich auf Grund des § 10 der Heimatrechtsnovelle von 1896 österreichischer Staatsbürger geworden, und da sein Sohn Guido damals noch minderjährig war, ist damit auch er österreichischer Staatsbürger geworden. Der Herr Dr. Jakonig ist das unzweifelhaft auch noch nach dem Kriege gewesen, hat aber dann seinen Wohnsitz nach Italien verlegt. Es ist nun unbestritten, daß Dr. Jakonig in Italien den Beruf der Advokatur ausgeübt hat. Ich will jetzt über vielerlei Zusammenhänge damit nicht reden. Er war dort ordnungsgemäß Advokat, und ich frage nun den Herrn Bundeskanzler, ob er glaubt, daß der Herr Dr. Jakonig Advokat in Meran sein konnte, ohne italienischer Staatsbürger zu sein? (*Zustimmung links.*) Ich erinnere die Herren, insbesondere die Herren aus Tirol, an einen sehr bekanntgewordenen Fall, aus dem der Zusammenhang zwischen Advokatur und italienischer Staatsbürgerschaft sehr klar hervorgeht. Es gibt hier sicher Herren, die sich noch des Herrn Dr. von Zallinger erinnern, dem die italienische Regierung jahrelang die Ausübung der Advokatur in dem annexierten deutschen Südtirol unmöglich gemacht hat, indem sie ihm die Staatsbürgerschaft verweigerte. Dieser Fall zeigt, daß man eben auch dort, so wie bei uns, Staatsbürger sein muß, um die Advokatur ausüben zu können. Auf welche Weise der Herr Dr. Jakonig Staatsbürger geworden ist, ob durch Option im Sinne des Friedensvertrages, ob durch das im Sinne des Friedensvertrages vorgesehene Reklamationsverfahren oder auf einem anderen Wege, das ist mir nicht bekannt. Ich kann nur feststellen,

er war in Tirol, in dem von Italien annexierten deutschen Südtirol Advokat. Und wer da glaubt, daß die italienische Regierung etwa jemanden, der österreichischer Staatsbürger ist... (Rufe rechts: *O ja!*) — Dr. Kolb: In den ersten Jahren war es in vielen Fällen! Ich war selbst österreichischer Staatsbürger und zwei Jahre Mittelschulprofessor drüber! Aber entschuldigen Sie, jetzt ist die Frage, ob der Herr Dr. Jakonig damals — ich rede jetzt zunächst nicht von seiner Staatsbürgerschaft, davon werde ich noch sprechen —, ob er damals, als er in Italien Advokat war, italienischer Staatsbürger sein mußte oder nicht... (Rufe rechts: *Nein!*) ... Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß er das sein mußte.

Nun ist ja nachher sogar die Behauptung aufgetaucht, daß der Herr Dr. Jakonig dann noch eine andere Staatsbürgerschaft erworben habe, bevor er wieder die österreichische erworben haben soll. Es ist nämlich behauptet worden — aber ich habe das hier nicht angeführt, und ich glaube es nicht, ich werde gleich sagen, warum —, daß er dazwischen auch noch die ungarische Staatsbürgerschaft angenommen habe. (Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.) Dr. Jakonig hat nämlich damals eine katholisch geschiedene Frau geheiratet und hat zu diesem Zwecke eine ungarische Ehe geschlossen. (Anhaltende Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Präsident Dr. Renner (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat, wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, Sie haben nicht das Wort.

Dr. Bauer: Er hat zu diesem Zwecke eine ungarische Ehe geschlossen, weil er nach dem dortigen ebenso wie nach dem österreichischen Recht diese Ehe nicht schließen konnte, und so hat sich die Nachricht oder, sagen wir, das Gerücht verbreitet, daß er dazwischen auch noch die ungarische Staatsbürgerschaft erworben habe. Aber das behauptete ich nicht, weil ich weiß, daß das auch ohne Erwerbung der ungarischen Staatsbürgerschaft geschehen sein kann. (Neustädter-Stürmer: Sie reden nur davon!) Ich behauptete nur, daß er damals die italienische Staatsbürgerschaft erworben hat. (Neustädter-Stürmer: Ihre Spitzelabteilung hat schlecht gearbeitet!) Dafß er die italienische Staatsbürgerschaft erworben hat, ist noch kein Vorwurf gegen ihn, sondern die Frage ist nur, wie ist nun der Herr... (Fortgesetzte Zwischenrufe rechts.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Lichtenegger: Er soll nicht soviel lügen!) Ich bitte, solche Aussrufe zu unterlassen! (Lengauer: Wir promovieren den Herrn Doktor zum Doktor der Lügner! — Lebhafte Gegenrufe links.) Ich rufe Sie wegen dieses unparlamentarischen Ausschlusses zur Ordnung.

Dr. Bauer (fortsetzend): Wie ist nun der Herr — und jetzt komme ich zum Beweisthema Herr Bundeskanzler —, der italienischer Staatsbürger war, wieder österreichischer Staatsbürger geworden? Denn daß er die österreichische Staatsbürgerschaft in demselben Augenblick verloren hat, in dem er die italienische erworben hat, kann nach dem § 10 des Staatsbürgerschaftsgesetzes keinem Zweifel unterliegen. Er mußte also, wie er nach Innsbruck zurückgekommen ist, die österreichische Staatsbürgerschaft neu erwerben. Und das ist nun, Herr Bundeskanzler, auf folgende Weise geschehen: Der Herr Dr. Jakonig hat sich im Jahre 1926 beim Magistrat der Gemeinde Innsbruck auf Grund seiner Stammliste, auf Grund seines alten Heimatscheines, den er in der Zeit gehabt hat, bevor er nach Italien gegangen war, einen neuen Heimatschein ausstellen lassen (lebhafte Hört!-Hört!-Rufe links), ohne daß die Tatsache, daß er dazwischen in Italien Advokat geworden ist, dabei irgendwie berührt worden wäre.

Das, Herr Bundeskanzler, ist der Tatbestand, den ich in der vorigen Sitzung so bezeichnet habe — wahrhaftig milde bezeichnet — (lebhafter Widerspruch auf der äußersten Rechten), daß bei der Wiedererwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft nicht nach den Vorschriften der Gesetze vorgegangen worden sei. (Lebhafter Beifall links. — Zahlreiche Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Bundeskanzler Dr. Dollfuß übergibt dem Redner ein Schriftstück.) Ja, wissen Sie, ich habe den Namen des Herrn, der hier unterschrieben ist, den Herrn Dr. Haemmerle, nicht genannt. (Bundeskanzler Dr. Dollfuß:

Überprüft hat es damals im Auftrage der Anwaltskammer der Vizepräsident Dr. Frank! Nur diese Mitteilung ist jetzt von Haemmerle!) Ich habe den Namen Dr. Haemmerle nicht genannt, weil ich nicht mehr Personen, als nötig, hier hereinziehen will, das gehört alles in den Untersuchungsausschuß. Aber ich kann Ihnen mitteilen, daß in dem Berichte, den ich hier habe, der Dr. Haemmerle auch als derjenige genannt ist, der für die Ausstellung dieses Heimatscheines interveniert hat. (Bundeskanzler Dr. Dollfuß: Ich stelle fest, daß Vizepräsident Dr. Frank die Untersuchung führte! — Fortgesetzte, lebhafte Zwischenrufe rechts.) Es ist übrigens nicht Sache der Rechtsanwaltskammer, sondern des Magistrates und der Landesregierung, festzustellen, wer Staatsbürger ist. (Zahlreiche, lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.) Jetzt geht es der Alpinen so schlecht, aber sie muß noch immer gut zählen, da die Herren sich so anstrengen. (Dr. Hueber: Wieder eine freche Verleumdung! Er hat den Alpinekomplex!)

Präsident: Ich bitte, Schimpfworte zu unterlassen. (Fortgesetzte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten und links.) Aber ich bitte, meine Herren,

ein komplizierter Sachverhalt wird doch eher durch Rede und Gegenrede als durch beiderseitiges Geschrei geklärt. Ich bitte also, den Redner ruhig anzuhören!

Dr. Bauer: Ich konstatiere also, Herr Bundeskanzler, was zu prüfen ist . . . (*Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*) Wir haben ja gar keine Eile mit den Verhandlungen des Parlaments; da wird das Parlament eben nichts arbeiten, wenn die Regierungsparteien immer stören. (*Neustädter-Stürmer: Ihre Verleumdungen wollen wir nicht hören! — Horvatek: Sie haben Angst vor dem Untersuchungsausschuß! — Hainzl: Kommen Sie herüber und machen wir's aus! — Erregte Zwischenrufe und Gegenrufe.* — Zahlreiche Abgeordnete verlassen ihre Plätze und begeben sich in den Raum vor der Ministerbank. — *Sever: Ziehen Sie wieder den Revolver heraus, Sie Revolverheld! — Stürmische Zwischenrufe, großer Lärm.* — In der Mitte des Saales entsteht ein heftiges Gedränge, mehrere Abgeordnete geraten hart aneinander.)

Präsident (der ununterbrochen das Glockenzeichen gibt, ohne sich in dem Lärm verständlich machen zu können): Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 5 Uhr 15 Min. unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5 Uhr 20 Min. nachm.)

Ich nehme die Sitzung wieder auf. Ich bitte alle Abgeordneten, mit Ausnahme der Ordner, die Plätze einzunehmen. Die Ordner ersuche ich, im Mittelraum Platz zu nehmen. Ich werde sofort, wenn der mittlere Raum betreten wird, die Sitzung wieder unterbrechen. (*Von der Galerie ruft eine Frau in den Saal: Im Namen Gottes und des Volkes! Lösen Sie das Haus auf!* — *Beifall links und auf der äußersten Rechten.*) Die Galerie hat sich in die Verhandlungen nicht einzumengen. Ich bitte, die Zwischenruferin von der Galerie zu entfernen.

Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Bauer, seine Rede fortzusetzen. (*Neustädter-Stürmer: Ohne zu verleumden, wenn es Ihnen möglich ist!*) Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen.

Dr. Bauer (mit Händeklatschen links begrüßt): Ich möchte zunächst einleitend folgendes sagen: Ich werde das, was ich zu sagen habe, zu Ende sagen. Wenn eine Regierungspartei die Verhandlungen verlängert, indem sie den Redner stört, so kann ich dazu nur sagen, daß die Opposition auf jeden Fall ein geringeres Interesse an der Beschleunigung der Verhandlungen des Hauses hat als die Regierungsparteien. (*Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*) Hohes Haus! Ich sehe mich gezwungen... (*Erneute Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*)

Präsident: Ich bitte nicht wieder mit den Zwischenrufen zu beginnen. (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten. — Gegenrufe links.*)

Dr. Bauer: Da die Herren der Regierungspartei einen immer wieder unterbrechen, sehe ich mich leider gezwungen, zu wiederholen, was ich eigentlich schon ausgeführt habe, aber es muß dem Herrn Bundeskanzler zum Bewußtsein kommen, worum es sich handelt. Ich wiederhole: es gibt die stärksten Anhaltspunkte dafür, daß Herr Dr. Jakoneig in der Zeit, in der er auf italienischem oder vielmehr auf von Italien annexiertem Boden den Beruf eines Rechtsanwalts ausgeübt hat, italienischer Staatsbürger war. Er ist dann nach Österreich zurückgekehrt, und es ist nun die Frage, auf welche Weise ist er wieder österreichischer Staatsbürger geworden, da er nach dem § 10 des Staatsbürgerschaftsgesetzes die österreichische Staatsbürgerschaft in demselben Augenblick verloren hatte, in dem er die italienische erworben hatte? Das ist die Frage. (*Lichtenegger: Und an diesem Komplex gehen Sie zugrunde!*)

Präsident: Ich bitte, nicht wieder Zwischenrufe zu machen.

Dr. Bauer (fortfahrend): Nun ist die Sache so: ich behaupte — und lade Sie ein, durch einen Untersuchungsausschuß überprüfen zu lassen, ob es wahr ist oder nicht —, ich behaupte, daß da nicht eine ordnungsgemäß dem Gesetze entsprechende Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft erfolgt ist, sondern daß einfach auf Grund des alten Heimatscheins, den Herr Dr. Jakoneig vor seiner Erwerbung der italienischen Staatsbürgerschaft gehabt hat, ihm ein neuer Heimatschein ausgefolgt wurde. Ich behaupte, daß das dem Gesetze nicht entspricht und daß daher der Herr Handelsminister nicht ordnungsgemäß österreichischer Staatsbürger geworden ist. Das ist meine Behauptung. Wenn Sie das bestreiten und nicht als bewiesen annehmen, so untersuchen wir es in einem Untersuchungsausschuß (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten*), denn es kann doch nicht zweifelhaft bleiben, ob jemand in Österreich Minister ist, der nicht einmal österreichischer Staatsbürger ist. (*Beifall links. — Neustädter-Stürmer: Das sind die Sorgen einer Arbeiterpartei!*)

Aber ich konstatiere, Herr Bundeskanzler, daß ich das vorige Mal diese Frage nicht einmal an erster Stelle aufgeworfen habe, sondern ich habe ein ganz anderes Vorkommnis aus dem Leben des Herrn Dr. Jakoneig in den Vordergrund gestellt und vor allem deswegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangt. Ich habe an die Vorgänge erinnert, die sich nach der Ausweisung des preußischen Botschmajors Pabst aus Österreich (*Rufe auf der äußersten Rechten: Heil Pabst!*) vollzogen haben, und ich

habe erzählt, daß damals der Herr Dr. Jakonig die Aufbietung der Heimwehr in ganz Österreich und ihre Bewaffnung zu einer bewaffneten Demonstration verlangt hat, durch die die Regierung gefürzt werden sollte. Ich habe festgestellt, daß das der Tatbestand des § 59c des Strafgesetzes ist. Ich konstatiere nun, daß weder der Herr Bundeskanzler noch der Herr Minister selbst noch der Parteifreund des Herrn Ministers, der gesprochen hat, diese meine Darstellung auch nur mit einem Wort bestritten hat. (*Rufe links: So ist es!*) Ich konstatiere also, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Dollfuß der Meinung ist, daß in Österreich jemand Minister sein kann und sein soll, der vor noch nicht zwei Jahren das Verbrechen nach § 59c des Strafgesetzes begangen hat. (*Lebhafter Beifall links.* — *Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*)

Präsident: Ich bitte, nicht wieder zu unterbrechen!

Dr. Bauer: Ich habe, Herr Bundeskanzler, noch einen zweiten Fall erzählt und vorgeschlagen, ihn durch einen Untersuchungsausschuß überprüfen zu lassen. Ich habe an jenen Tag erinnert, an dem der Major Pabst aus Italien nach Tirol zurückgekommen ist und an dem die Faschisten Italiens mit den Heimatschützern Tirols ein Verbrüderungsfest am Brenner, an dem Lande Tirol durch die Annexion des deutschen Südtirol aufgezwungene Brennergrenze, abgehalten haben. (*Werner: Das ist eine Lüge! Das Verbrüderungsfest hat nicht stattgefunden!*)

Präsident: Ich bitte, Sie dürfen solche Ausdrücke nicht gebrauchen. Der Ausdruck „Lüge“ ist unparlamentarisch, und ich rufe Sie zur Ordnung! (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*)

Dr. Bauer: Damals haben nicht wir, sondern hat die christlichsoziale Partei in Tirol eine Protestkundgebung gegen diese Vorgänge einberufen. Diese Protestkundgebung wollte eine Heimwehrgruppe stören. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen der Innsbrucker Polizei und dieser Heimwehrgruppe, und ich habe nun behauptet, Herr Bundeskanzler, daß sich der Herr Dr. Jakonig von dem damaligen Minister des Innern, dem Herrn Starhemberg, telefonisch die Vollmacht geben ließ, die Innsbrucker Heimwehr gegen die Polizei zu bewaffnen und Innsbruck zu besetzen, was dann durch den christlichsozialen Bürgermeister von Innsbruck, Herrn Fischer, verhindert worden ist, der durch ein Telephongespräch, in dem er die nach den Mitteilungen des Herrn Bürgermeisters Fischer unrichtigen Angaben des Herrn Jakonig berichtigt hat, den Widerruf dieser Anordnung des Ministers des Innern durchgesetzt hat. (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*) Bitte, das sind Mitteilungen des Bürgermeisters von Innsbruck, der nicht mein Parteigenosse ist. (*Anhaltende*

Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.) Das habe ich hier erzählt. Ich konstatiere, Herr Bundeskanzler, daß Sie auch darauf nicht geantwortet haben und daß Sie es also für möglich halten, daß in Österreich jemand Minister ist, der vor anderthalb Jahren versucht hat, faschistische Banden zum Kampfe gegen die Polizei zu bewaffnen. (*Lebhafter Beifall links.* — *Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*)

Dagegen haben Sie, Herr Bundeskanzler, auf einen anderen Fall verwiesen. Sie haben auf den Akt hingewiesen, den ich das vorige Mal genannt habe und der beim Landesgericht in Innsbruck liegt. Bitte, der Herr Bundeskanzler hat festgestellt, daß das ein zivilgerichtlicher Akt ist, kein strafgerichtlicher. (*Neustädter-Stürmer: Das genügt Ihnen, um zu verleumden!*) Das habe ich selbst das vorige Mal festgestellt. Ich habe sogar die Aktennummer genannt: Cg 123 ex 1927. Nun, jedermann weiß, daß Cg ein Zivilrechtsakt und kein strafrechtlicher Akt ist. (*Neustädter-Stürmer: Aber zu einer Verleumdung reicht es!*) Wenn aber der Herr Bundeskanzler sagt, es handle sich da nur um eine Erbschaftssache, so konstatiere ich, daß er falsch unterrichtet ist. Es ist richtig, es hängt mit einer Erbschaftssache zusammen, aber der Erblasser ist schon 1917 gestorben, und das ist heute keine reine Erbschaftssache mehr. Ich werde auf diese Sache aus dem von mir schon das vorige Mal angegebenen Grund nicht eingehen, weil ich in offener Sitzung nicht von Tatsachen des Privat- und Familienlebens sprechen will. (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*) Aber, Herr Bundeskanzler, dem Untersuchungsausschuß wäre dieser Akt vorzulegen, denn darin befinden sich Dinge, die für die Beurteilung der moralischen Eignung des Herrn Dr. Jakonig wichtig sind. (*Neustädter-Stürmer: Sehen Sie, das ist die niederträchtige Verleumdung! Sie dreckiger Verleumder Sie!*)

Präsident: Herr Abg. Neustädter, ich rufe Sie zur Ordnung! (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.* — *Lebhafte Gegenrufe links.* — *Zwischenrufe Forstner.*) Herr Abg. Forstner, ich bitte um Ruhe!

Dr. Bauer (fortfahrend): Ich bitte, meine Herren, der Untersuchungsausschuß wird dann feststellen, ob meine Angabe falsch ist, ob das nicht wahr ist, ob das eine harmlose Zivilrechtsangelegenheit ist oder ob das etwas anderes ist. Aber, hohes Haus, gegen eines verwahre ich mich: daß, wenn hier solche Dinge behauptet werden, mit sehr reichlichen Angaben von Tatsachen — und wenn die Herren wollen, ich habe noch einen sehr großen Akt... (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.*) Ja, bitte, wenn Sie uns zwingen werden, dann werden wir auch die Schranke fallen lassen, die wir uns bisher auferlegt haben, von Angelegenheiten des

Privat- und Familienlebens und was damit zusammenhängt, nicht zu sprechen. Wenn Sie uns dazu zwingen werden, werden wir eben über alles reden. Ich ziehe es vor, daß darüber im Untersuchungsausschuß geredet wird, und deswegen appelliere ich an das Haus, unseren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses anzunehmen. Damit geschieht niemanden ein Unrecht. Ich glaube, der erste, der hier verlangen müßte, daß der Untersuchungsausschuß jetzt eingesezt wird, müßte der Herr Dr. Falconig sein. (Stürmischer Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Thoma: Hohes Haus! Wer den 24. April und die auf ihn folgenden Tage in ruhiger und sachlicher Überlegung überprüfte, der ist zu dem Ergebnis gekommen, daß man sich verwundern muß, daß aus diesem Tage heraus so mancher kampferprobte politische Streiter nervös geworden ist. Ich kann es verstehen, daß eine junge aufstrebende Bewegung, die ohne Zweifel einige Erfolge für sich in Anspruch nehmen kann, ein vollgerütteltes Maß von Hoffnungen zu diesem Erfolg dazu legt, damit jene Zweifler, die gerne der Mehrheit von morgen angehören möchten, schon heute in ihre Reihen treten sollen. Mein Kollege Tauschitz hat in seiner letzten Rede hier die Auswirkungen des 24. April ziffermäßig untersucht und den ziffermäßigen Nachweis erbracht, daß man die Ergebnisse weit überschätzt hat. Was nun den Landbund anbelangt, so möchte ich hier noch ergänzend hiezu feststellen, daß die Prognose, die der Herr Abg. Dr. Bauer in der letzten Sitzung am Freitag über die künftige Zahl der Landbundmandatare gestellt hat, nämlich die Prognose, daß wir mit halber Zahl einzahlen werden, ihn zur Vorsicht von mir aus mahnt, und zwar deswegen, weil sehr häufig pessimistische Feststellungen anderen gegenüber dann in der eigenen Organisation zu treffen. (Zustimmung in der Mitte.) Es ist nun eine Tatsache, daß die Auflösungspsychose, die dieses Haus am 26. April ergriffen hat, ohne Zweifel abgeslaut ist. Nicht aber abgeslaut ist der erregte Ton, der in diesem Hause immer schärfere Formen und Dimensionen annimmt und der keinesfalls dazu angetan und geeignet sein kann, das Parlament und seine Abgeordneten im Ansehen zu stärken. (Beifall in der Mitte.)

Die am Freitag zum erstenmal im Hause erschienene Regierung Dr. Dollfuß ist unter schwierigen Verhältnissen gebildet worden. Sie hat vor allen Dingen den wichtigsten Faktor nunmehr zu handhaben, die Arbeit, die im Interesse unseres Staates unserer Auffassung nach nie unterbrochen hätte werden sollen. Die Landbündler werden bereit sein, der Regierung Dr. Dollfuß die weitestgehende Unterstützung zu geben, aus der Gedankenwelt heraus, daß uns unsere Wähler in dieses Haus zur Arbeit geschickt haben, daß uns unsere Wähler in dieses

Haus geschickt haben, um Verantwortung zu übernehmen, daß sie von uns erwarten, daß wir als Kämpfer in Kampfzeiten uns an der vordersten Linie befinden. (Zustimmung in der Mitte.) Wir hätten ja auch einmal das Bedürfnis haben können, der Verantwortung entrückt zu sein. Man hätte die Lösung eines Beamtenkabinetts finden können; aber ich bin der Meinung, daß die Bestellung eines Beamtenkabinetts in der jetzigen Krisenzeite die Flucht des Parlaments vor der Verantwortung dargestellt hätte. (Zustimmung in der Mitte.) Die Regierung Dr. Dollfuß steht ohne Zweifel vor den schwersten und vor den härtesten Aufgaben. Sie wird die Pflicht haben, das österreichische Staatsschiff durch den hohen Wellengang einer internationalen Wirtschaftskrise hindurchzufeuern. Die bange Frage richtet sich an uns: Wird es gelingen, den von anderen konstruierten und von anderen mit dem Befehl zum Leben versehenen Staat auch tatsächlich durch die Krise hindurchzufeuern? Wir sind der Meinung: ja! Und zwar dann, wenn man dem österreichischen Staat die Möglichkeit der Verwertung seiner Naturrächer und wenn man dem österreichischen Volk die Möglichkeit zur Arbeit gibt. (Zustimmung in der Mitte.)

Wir wissen, daß die nächste Zukunft auf handelspolitischem Gebiete sehr weitgehende und sehr schwere Entscheidungen bringen wird. Wir haben in Wohlkenntnis dieser Tatsache schon bei Bildung der Regierung Buresch II einen Einfluß auf die Außenhandelspolitik gefordert. Wir haben nunmehr bei der Bildung der Regierung Dollfuß Wert darauf gelegt, die Sektion 14 unter unsere Obsorge zu befassen, und haben tatsächlich hierbei auch den Erfolg erreicht. Der Herr Dr. Bauer war der Meinung, daß man das als politische Schiebung bezeichnen müsse. Der Begriff und auch die Handlung „Schiebung“ liegt uns nicht, der liegt vielleicht anderen. Wir haben aber nur mit realen und reellen Dingen zu tun und haben daher auch diesfalls unsere Forderungen aus rein wirtschaftlichen Erwägungen gestellt. Wir brauchen ja die Regelung von Ein- und Ausfuhr, die Regelung von Bezug und Absatz, und wiederholt konnten wir auch in diesem hohen Hause darauf verweisen, daß außer den industriellen Produkten, die im Wege des Tauschverfahrens an das Ausland abgegeben werden können, auch die agrarischen Produkte eine Bedeutung haben. Wir haben mit Vergnügen zum erstmal in einer Regierungserklärung den Gedankengang festgestellt, daß man an Austauschverträge denkt, und wir sind auch der Meinung, daß dieses System glücklich gewählt ist und uns zweifellos zu Hoffnungen berechtigt. Wir wollen zu der Regelung kommen, daß derjenige, der von uns bezieht, umgekehrt auch erwarten kann, daß wir ihm unseres Konsum eröffnen.

Die Holzwirtschaft liegt in Österreich im argen, und es wird gut sein, wenn sie durch Exportmöglichkeiten wieder angekurbelt wird. Verdienstmöglichkeiten am und im Walde, Verdienstmöglichkeiten auf den Verkehrswegen, auf den Eisenbahnen, sind gegeben, und Tausende von Arbeitern können in der Sägeindustrie wieder Verwendung finden. Wir verweisen aber bei dieser Gelegenheit auch neuerlich auf das vielfach unausgenutzte Können der österreichischen Viehzüchter, die ohne Zweifel durch ihre Arbeit und durch ihre Erfolge berechtigt sind, gerade durch Auslandlieferungen höhere Erträge in Anspruch nehmen zu können. Wir begrüßen es mit besonderer Freude, daß die Regierung Dr. Dollfuß bei der Regelung des Inlandviehverkehrs streng auf das heute geltende Viehverkehrsgesetz eingestellt ist, weil wir wissen, daß dieses Gesetz als Grundpfeiler unserer agrarischen Produktion und der Bewertung unserer Agrarprodukte angesehen werden kann. Wir hoffen und wünschen, daß diesem Viehverkehrsgesetz auch noch ein weiterer Ausbau beschieden sei. (Beifall bei den Abgeordneten des Landbundes.)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf verweisen, daß wir derzeit in einer vielleicht krisenhaften Situation in der Milchwirtschaft stehen. Die Bitte, die ich heute eindringlichst von dieser Stelle aus an den Herrn Bundeskanzler als Landwirtschaftsminister richte, ist, er möge all sein Können dafür einsetzen, daß der landwirtschaftlichen Produktion ein Preisverfall auf dem Milchmarkte erspart bleibe. Dieser Schlag könnte von der Milchproduktion nicht ertragen werden.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, an dieser Stelle den Dank an das Deutsche Reich und an die Regierung des Deutschen Reiches dafür zum Ausdruck zu bringen, daß die Verhandlungen, die unser Bizekanzler Winkler in Berlin zu führen Gelegenheit hatte, zu positiven Erfolgen auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs führten könnten. Wir wünschen, daß im heurigen Sommer hierdurch eine Belebung unserer Wirtschaft Platz greifen möge, und hoffen, daß es nicht der letzte Schritt ist, der uns mit dem Brudervolke in angenehmer Form verbindet.

Wie es einem sorgsamen Familienvater geziemt, wie es einem Wirtschaftsführer in seiner Wirtschaft zusteht, daß er jederzeit den Verhältnissen entsprechend nach dem Rechten sieht und bei Verknappung in seiner Existenz den Versuch unternimmt, immer mehr Mittel aus der eigenen Wirtschaft herauszuschöpfen, so hat sich auch die Regierung Buresch II entschlossen, Einführverbote zu erlassen. Wir werden es als eine der vornehmlichsten Aufgaben der Regierung Dollfuß erachten, daß der Kreis der Einführverbote erweitert wird. Ich darf hier einige Agrarpositionen heute bereits nennen. Wir glauben, daß wir die Milch unter die Einführverbote eingliedern können, wir

glauben dies von den Häuten, und wir sind überzeugt, daß auch Obst bereits unter die Einführverbote eingereiht werden könnte. Wenn die jetzt wunderbar vorübergegangene Obstblüte nur einigermaßen den Erwartungen entspricht, so dürfte heuer Österreich nicht nur seinen Obstbedarf im Inlande voll und restlos zu decken vermögen, sondern es wird auch noch ein sehr reiches Ausfuhrkontingent zur Verfügung stehen.

Der Herr Abg. Dr. Straffner hat in seiner Rede darauf verwiesen, daß im Zusammenhang mit den Einführverboten eine Preissteigerung für verschiedene Artikel zu verzeichnen war. Ich möchte hier an dieser Stelle und von unserem Standpunkte aus feststellen, daß wir durchaus keinen Anlaß für derartige Preissteigerungen sehen und daß wir nur immer wieder unsere Forderung erheben, daß wir als Produzenten die Produktionskosten gedeckt und einen bescheidenen bürgerlichen Gewinn für uns gesichert wissen wollen, daß wir aber jede Art von unbefugter Zwischenspanne mit allen Mitteln zu bekämpfen bereit sind. Ich habe auch an dieser Stelle schon darauf verwiesen, daß die Zwischenspanne aus zwei Komponenten besteht: aus dem Verdienst und den Lasten, und daß bei beiden Komponenten ungebührliche Forderungen bestehen und daß bei beiden Komponenten ein Abbau zur Durchführung gelangen kann.

Die Produktion wird deswegen von immer größeren Sorgen bedrückt, weil sie die Lasten unserer Zeit nicht mehr zu tragen vermag. Der Zinsendienst, wie er heute noch besteht, ist ohne Zweifel zu hoch. Die Zwischenspanne, die zwischen Einlagen- und Darlehenszinsfuß besteht, ist zu hoch. Wir dürfen da auf die Anträge verweisen, die wir im Gegenstande dem hohen Hause vorgelegt haben, und wir hoffen, erwarten und wünschen, daß diesen Anträgen in diesem Hause auch ein Erfolg beschieden sei. Solange der Zinsendienst eine ungebührliche Höhe gegenüber jenen Staaten aufweist, die als unsere Geldgeber angesprochen werden können, wird der restlose und befriedigende Abbau nach dieser Richtung hin in Österreich wohl kaum erreicht werden können. Wir werden daher unsere Bestrebungen im Gegenstande auch dahin zu richten haben, daß dem geldgebenden Ausland gegenüber eine andere Behandlung österreichischerseits Platz greife, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Wir werden für die Reformierung der Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt, so wie wir es bisher gewohnt waren, auch in der Zukunft eintragen. Wir wissen, daß unser Budget in der kommenden Zeit einen Grundsatz immer und immer wieder vorantstellen wird müssen — den Grundsatz, daß nicht mehr ausgegeben werden darf, als eingenommen wird. Die Sparwirtschaft bringt allerdings wenig Freunde, und wenn es an das Abstreichen geht, ist das politische Demagogentum vor

seinem breitesten Betätigungsfelde, weil nichts verlockender ist, als Abstriche anzukämpfen und ihre Unrichtigkeit darzulegen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

In einer Zeit, in der die Credit-Anstalts-Angelegenheit noch nicht restlos erledigt ist, finde ich es allerdings verständlich, wenn weite Bevölkerungskreise der Sparwirtschaft nicht jenes Vertrauen entgegenbringen können, als sie es sonst tun würden, wenn diese Angelegenheit endlich einmal liquidiert wäre. Wir hören in der Credit-Anstalts-Angelegenheit von verschiedenen Plänen, insbesondere von solchen, die auf Dauerlasten unerträglicher Art für das österreichische Volk hinzielen und hinarbeiten. Wir möchten mit aller Deutlichkeit feststellen, daß derartige Pläne bei uns keine Lösung dieses Problems darstellen. Wir möchten den Auslandsgläubigern sagen, daß sie den Grundsatz zur Kenntnis nehmen müssen, daß man als Geldgeber in einem auf Gewinn und Verlust berechneten Institut nicht nur den Gewinn, sondern auch den Verlust zu risikieren hat und daß, wenn ein Verlust eintritt, jeder nach der ihm zustehenden Teilsquote den Verlust zu tragen hat. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Wir nehmen gern zur Kenntnis, daß die Regierung Dollfuß bereit ist, in raschster Form die Credit-Anstalts-Angelegenheit zu liquidieren. Wir nehmen dies um so freudiger zur Kenntnis, weil wir wissen, daß durch die einjährige Dauer der Credit-Anstalts-Krise dem österreichischen Volk, dem österreichischen Staat und der österreichischen Wirtschaft ein ungeheurer Schaden entstanden ist.

Die Wirtschafts- und Kapitalsnot, namentlich draußen auf dem Lande führt dazu, daß sich gewisse Spekulanten bäuerlicher erbster und in mühseliger Arbeit erworbener Besitzungen bemächtigen. Es genügen kleine Schulden und es genügt der heute ja überall zu beachtende Umstand, daß selbst diese kleinen Schulden nicht gezahlt oder konvertiert werden können, um einen Besitz, um ein lächerliches zur Versteigerung und in die Hände eines Spekulanten zu treiben. Wir verlangen daher den Vollstreckungsschutz insbesondere für landwirtschaftliche und Gewerbebesitz, weil wir wissen, daß diese beiden Erwerbsgruppen meist nicht in der Lage sind, sich rechtzeitig jene Ersatzmittel zu beschaffen, die notwendig wären, um das Übergehen der Wirtschaft in andere Hände zu verhindern.

Es liegt dem hohen Hause ein Antrag Thaler-Thoma vor, der, wenn er in Behandlung gezogen würde, mit den nötigen Ergänzungen und Abänderungen versehen, ohne Zweifel jenes Instrument gesetztechnischer Art ergeben würde, welches wir brauchen, um den bodenständigen Besitz, um Altvätererbe und sauer Erworbenes den jetzigen Besitzern auch tatsächlich zu erhalten. Es ist uns voll-

kommen klar, daß zu diesen Bestimmungen auch Bestimmungen getroffen werden müssen, welchen den Geldinstituten, die davon betroffen sind, das Stillhalten ermöglichen. Wir bitten die Regierung, auch diesbezüglich Sorge zu tragen, und wünschen, daß entweder Gesetze oder Verordnungen im Gegenstande in der kürzesten Zeit ertheilen mögen.

In seiner ganzen Breite und Furchterlichkeit steht das Problem der Arbeitslosigkeit vor uns. Wir haben Arbeit und verbrauchen Geld. Warum ist man nicht in der Lage, Geld und Arbeit zu produktiver Verwendung endlich einmal zusammenzuführen? Schon wiederholt haben wir auf die Arbeitsdienstpflicht verwiesen. Wir halten sie für ein Problem, an das man sich heranmachen kann und das man zweckdienlich zum Nutzen des Staates und seiner Wirtschaft, zum Nutzen der Arbeit und zum Nutzen der zweckmäßigen Geldverwendung lösen könnte.

Immer und immer wieder werden wir durch neue Pläne überrascht, durch die der österreichische Staat in Gruppierungen einbezogen werden soll, die das österreichische Volk seiner Mehrheit nach ablehnt. Wir haben es miterleben müssen, daß man uns die Zollunion mit dem Deutschen Reich verwehrt hat. Wir hoffen und wünschen nicht, daß man in Genf oder anderweitig die uns von Deutschland über die Meistbegünstigung hinweg gebotene Bruderhand nunmehr zu Boden schlägt und jene Zusagen des Deutschen Reiches nicht wirksam werden läßt, die uns bereits vorliegen. Unser Wille ist, zu leben. Die Donaupläne sind, das wissen wir, unser Tod. Wir werden uns daher mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln diesen Plänen entgegensetzen. (Beifall bei den Landbundabgeordneten.) Unser Wille ist, neben oder mit dem Deutschen Reich an der Gestaltung des mitteleuropäischen Problems mitzuarbeiten und mitzuwirken, und daher erklären wir kurz und bündig: Keine Lösung in diesem Raum ohne Deutschland! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Herr Bundeskanzler und seine Regierung werden in dem von mir skizzierten Sinne die Unterstützung der Landbundfraktion in diesem Hause haben. Wir wünschen dem Herrn Kanzler, wir wünschen den Herren Ministern, die in schwerer Zeit die Durchführung um so schwererer Aufgaben übernommen haben, restlosen und vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Manhalter: Hohes Haus! Die Szenen, die sich gerade jetzt abgespielt haben, waren nicht von solcher Art, daß sich das österreichische Volk über sein Parlament freuen könnte. Und wenn man vielleicht sagen wird, daß die Volksvertretung ein Spiegelbild der Bevölkerung ist, so muß ich für den Teil, den ich hier zu vertreten die Ehre habe, die österreichische Bauernschaft, diesen Vergleich zurückweisen.

Wenn ich heute über die Erklärung der neuen Regierung spreche, so will ich es nicht versäumen, zu sagen, daß ich der alten Regierung, der Regierung unseres Bauernbundmitgliedes Dr. Karl Buresch, den innigsten Dank der Bauernschaft für alles das ausspreche, was sie in dieser schweren Zeit für die österreichische Bauernschaft getan hat. (*Händeklatschen rechts.*) Ich erinnere nur daran, daß es die Zölle, die im vorigen Jahr geschaffen wurden, ermöglicht haben, daß heute der österreichische Bauer mit einer etwas größeren Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Ich erinnere daran, daß es die Regierung Buresch war, die das Viehverkehrsgesetz geschaffen hat, das gewiß dazu beigetragen hat, daß derjenige Teil der Bauernschaft, der sich mit der Viehzucht beschäftigt, ein besseres Los zu erwarten hat.

In der neuen Regierung begrüße ich vor allem unseren bewährten Freund, den früheren und jetzigen Ackerbauminister als Chef der neuen Regierung. Wenn von der Opposition an der neuen Regierung als Schönheitsfehler aufgestellt wurde, daß in ihr so viele Agrarier vertreten sind, mehr als eigentlich den Bauern zukäme, so kann ich nur das eine konstatieren, daß die bodenständige Bevölkerung von Österreich das nicht als Schönheitsfehler empfindet. (*Beifall rechts.*) Wenn wir den gleichen Maßstab an viele frühere Regierungen angelegt hätten, dann hätte die Bauernschaft oft Ursache gehabt, solche Schönheitsfehler auszustellen.

Die neue Regierung steht vor ganz großen Aufgaben. Sie soll dieses kleine Österreich aus der schweren Weltwirtschaftskrise herauslotzen, sie soll hier Bedingungen schaffen, die der österreichischen Bevölkerung die Existenz ermöglichen. Die Regierung hat uns in ihrer Erklärung einen Plan vorgelegt, und ich begrüße es, daß sie mit allem Ernst darangeht, in diesem Staate Ordnung zu machen und insbesondere den Staatshaushalt, der heute ohnehin schon in Unordnung gebracht ist, durch Sparmaßnahmen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Regierung wird, um diesen Zweck erreichen zu können, ein Nachtragsbudget einbringen. Es ist hier gesagt worden, daß man sich dieses Nachtragsbudget genau anschauen wird. Sie können versichert sein, daß auch die bauerschen Vertreter dieses Nachtragsbudget genau prüfen werden. Wir wissen aber, daß wir das, was die Regierung verlangt, ihr geben müssen, wenn wir wollen, daß dieser Staat aufrecht bleibt.

Auch über die Verwaltungsreform wurde hier gesprochen, die gewiß dringend notwendig ist. Denn es ist einer der Fehler dieses Staates, daß er zu viel verwaltet wird. Wir hören oft von Grotesken der Verwaltung, daß zum Beispiel für einen Aft, der ganz belanglose Dinge behandelt, 40 und 50 Unterschriften notwendig sind. Wir wissen, daß eine sparsame Verwaltung nötig ist, und wir würden es begrüßen, wenn gewisse Expeditionen, die oft gegen

Gewerbetreibende und Bauern losgelassen werden, in Zukunft unterbleiben, weil sie nur dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung in ein schiefes Licht zu bringen.

Insbesondere begrüßen wir Bauern es in der Regierungserklärung, daß die Regierung alles aufbieten will, um den Schilling zu halten. Wir wissen, was es für unseren Stand bedeuten würde, wenn der Schilling neuerlich einen Sturz mitmachen, wenn unsere Währung neuerlich entwertet würde. Zweimal — das hat schon mein Freund Dr. Koll gesagt — hält eine Generation solche Experimente nicht aus, es wäre der Ruin der heutigen Gesellschaft und des heutigen Staates.

Wenn heute davon gesprochen wurde, daß es schon höchst an der Zeit ist, daß sich die Regierung entschließt, das sogenannte Transferoratorium, die Einstellung der Zinsenzahlung in ausländischen Devisen durchzuführen, so kann ich nur sagen, daß wir uns diesem Schritt der Regierung voll und ganz anschließen. Zuerst kommt das eigene Volk, das ist die Grundbedingung, das ist der heilige Egoismus, den jedes Volk haben muß. (*Beifall rechts.*) Wenn man sagt, daß die auswärtigen Gläubiger Verluste erleiden oder mit den Darlehen, die sie Österreich gegeben haben, nicht auf ihre Rechnung kommen werden, weil sie dann auf Guthaben im Auslande vertröstet werden, so muß ich offen und ehrlich darauf verweisen, daß diese Darlehen an Österreich zu einem Zinsfuß gegeben worden sind, der, gemessen an dem Zinsfuß für Darlehen in den westlichen Ländern, ein Vielfaches bedeutet. Man hat uns immer gesagt, der hohe Zinsfuß sei nur deswegen, weil auswärtige Darlehen in Österreich ein gewisses Risiko beinhalten. Jetzt ist das Risiko da, jetzt tritt der Fall ein, für den wir solange mehr gezahlt haben. Daß man unsere Wirtschaft mit einem so hohen Zinsfuß belastet und sie gegenüber der Wirtschaft in anderen Ländern förmlich gehandikapt hat, war vielleicht auch mit die Ursache, daß wir diesen Schritt tun müssen.

Eines der Probleme, das sich für jede Regierung, die in Österreich am Ruder ist, auftut, ist die Credit-Anstalts-Frage; sie ist auch von jedem Redner berührt worden. Ich kann nur sagen, wir werden es begrüßen, wenn die Regierung einmal endgültig zu einer Regelung dieser für Österreich so blamablen Frage kommt. Wir müssen aber gleichzeitig erklären, daß eine Regelung, die unser Volk dauernd mit ungeheurelichen Summen belastet, von uns bauerlichen Abgeordneten strikt abgelehnt wird. Ich begrüße es daher, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung ausdrücklich erwähnt, daß er sich auch einen zweiten Weg einer Regelung dieser Frage vorbehält, und ich kann ihm nur zuzielen, er möge es nicht außer acht lassen, diesen zweiten Weg zu gehen, den wir alle kennen, wenn

die auswärtigen Gläubiger dieses Institutes gegenüber den Forderungen unserer Regierung sich vielleicht unmöglich zeigen sollten. Der Justiz in diesem Staate möchte ich aber zurrufen, daß sie den Amtsschimmel etwas in Galopp verzeige, damit die Schuldigen an dieser Affäre endlich einmal zur Verantwortung gezogen werden (*Beifall rechts*), denn die Bevölkerung versteht es nicht, daß man sich gerade in diesem Komplex nicht zurecht finden kann und daß es gerade hier nicht möglich sein sollte, eine schnelle Justiz zu üben, die sooft über jeden armen Teufel kommt.

Eines der wichtigsten Probleme ist die neue Handelspolitik, die die Regierung angekündigt hat. Wir begrüßen es, daß sich schon die vorhergehende Regierung entschlossen hat und in verstärktem Maß die jetzige Regierung dazu entschließt, durch Einfuhrverbote endlich einmal einen Zustand zu schaffen, daß sich die österreichische Bevölkerung auf die österreichischen Produkte befreint und daß sie das verbraucht und das als Lebensunterhalt benutzt, was der österreichische Boden dem österreichischen Bewohner bietet. Ich begrüße es auch, daß bei der neuen Handelspolitik eine Politik inauguriert wird, die auf dem Tauschweg des gegenseitigen Handels aufgebaut ist und ich möchte an den Herrn Bundeskanzler die Bitte richten, daß bei allen diesen Handelsverträgen und bei den Abmachungen über die Einfuhr auswärtiger Erzeugnisse das Prinzip der Bezahlung mit österreichischen Produkten durchwegs angewendet wird. Ich möchte die Regierung bitten, gleich jetzt das Augenmerk darauf zu lenken, daß man bei dem neuen Vertrag, der nach Zeitungsmeldungen von Seiten der Bundesbahnen mit der Ruhrkohlenindustrie auf Lieferung einer gewaltigen Menge von Kohle abgeschlossen wurde, nicht vergißt, als Bezahlung österreichisches Grubenholz zu verwenden. Damit würden wir unseren österreichischen Gebirgsbauern bestimmt eine Erleichterung seiner schweren Lage verschaffen. Ich möchte überhaupt darauf hinweisen, daß gerade Holz jenes österreichische Erzeugnis ist, das in überreichem Maße im eigenen Lande vorhanden ist und das man ganz gut zur Bezahlung auswärtiger Schulden verwenden kann.

Ich hoffe, daß die neue Regierung das von der vorhergegangenen geschaffene Viehverkehrsgesetz, wie es auch in der Regierungserklärung angedeutet ist, in Kraft lassen wird, denn es hat sich gezeigt, daß gerade dieses Gesetz sich äußerst segensreich für den österreichischen Bauer ausgewirkt hat.

Aber die Regierung hat auch die Lösung eines weiteren, gewiß sehr schwierigen Problems angekündigt. Sie will an eine positive Lösung der Arbeitslosenfrage herantreten, und ich muß sagen, daß die bürgerliche Bevölkerung schon lange auf dem Standpunkt steht, daß man die Arbeitslosenfrage

nicht allein auf karitativem Wege lösen kann, sondern positive Arbeitsvorschläge gemacht werden müssen, damit die Moral der Arbeitslosen und auch ihre Arbeitswilligkeit aufrechterhalten bleibt. Es ist in der Regierungserklärung auch die Ankündigung enthalten, daß man den Versuch machen wird, im Wege einer sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstpflicht das Problem von dieser Seite anzugehen. Ich hoffe und wünsche, daß die Regierung mit diesem Schritt Erfolge haben wird. Das Problem der Arbeitslosigkeit, das ja heute in allen Staaten der Welt auf der Tagesordnung steht, ist das Problem der überspülten und übertriebenen Technik und Mechanisierung der Arbeit. Bezeichnend dafür ist ein symbolischer Vorgang, der in England vor einiger Zeit gewählt wurde, wo man vor dem Beginn des Baues eines Kanals eine große Grube gegraben und einen Bagger, der die Arbeit von hunderten Menschen erspart, in dieser Grube im Beisein der Vertreter des englischen Königs und der englischen Regierung vergraben hat. Man hat daran die Erwartung geknüpft, daß man durch Rückkehr zur Handarbeit bessere Erfolge im Interesse der arbeitslosen Menschen im Lande erzielen wird. Auch da möchte ich die Regierung bitten, daß sie alle Versuche, das Handwerk auszuentwickeln und die Handarbeit zu fördern, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt.

Wir begrüßen es, daß die Regierung sich verpflichtet gefühlt hat, in der Regierungserklärung auch den Fremdenverkehr zu erwähnen. Wir wissen, daß ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung, speziell in den Alpenländern, heute seine Haupteinnahmequelle aus dem Fremdenverkehr zieht und daß er ängstlich darauf achtet, daß alles geschieht, um den Fremdenverkehr in Gang zu halten. Wir hoffen, daß die Abmachungen, die die Regierung getroffen hat, dazu beitragen werden, daß diese Hoffnungen der ländlichen Bevölkerung nicht zu schanden werden.

Die Unterstützung und die Hilfe, die man in der Regierungserklärung den Gewerbetreibenden zugesagt hat, findet unseren vollsten Beifall, denn die Stützung des Gewerbestandes ist im eminenten Interesse der Bauern gelegen; die Söhne der Bauern finden ja zumeist ihr Brot im Gewerbe, das sie auf dem heimischen Grund nicht finden können.

Die Siedlungsaktion, die in der Regierungserklärung gleichfalls angekündigt wurde, findet auch unseren vollsten Beifall. Die Unterbringung der weichenden Bauernsöhne ist schon lange ein brennendes Problem des österreichischen Bauernstandes. Dieses Problem kann nur auf die Weise gelöst werden, daß durch die schon begonnene Lösung der Fideikommisfrage und durch den Aufkauf von Großgrundbesitz zum Zwecke der Siedlung die weichenden Bauernsöhne ein Unterkommen finden.

Die Regierung hat in dem großen Komplex von Fragen, den sie dem Parlament vorgelegt hat, auch eine Frage angeschnitten, die für die Bauern und für alle Leute überhaupt, die in Österreich noch auf Recht und Gerechtigkeit etwas halten, von allergrößter Bedeutung ist: Das ist die Ausschaltung der Geschworengerichte bei gewissen Delikten und die Einführung von sogenannten großen Schöffengerichten. Und ich sage es Ihnen ganz offen, daß wir, die wir Menschen zu vertreten haben, die noch etwas zu verlieren haben, wünschen würden, daß die Regierung auch daran ginge, unter gewissen Bedingungen die Todesstrafe wieder einzuführen.

Die Regierung hat an uns den Appell gerichtet, ihr bei Durchführung ihres Programms Vertrauen zu schenken. Sie heißtt Vertrauen von uns, und wir, die Vertreter der österreichischen Bauernschaft, haben Vertrauen zu ihr. Sie möge nur herangehen an die Probleme, damit sie endlich einmal gelöst werden! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abram: Hohes Haus! Die Angelegenheit Dr. Jakonig hat hier schon einen breiten Raum in der Grörterung eingenommen. Aber es wurden auch einige Behauptungen aufgestellt, die ich absolut richtigstellen muß. Wenn behauptet wird, daß in Deutsch-Südtirol, dem heute zu Italien gehörigen Teil, in Bozen oder Meran, ein Jurist, der nicht italienischer Staatsbürger ist, Rechtsanwalt sein kann, so ist das absolut unrichtig. Ich weiß aus verschiedenen Fällen, wo befreundete Juristen gezwungen wurden, die italienische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Es bleibt also nur übrig, daß Dr. Jakonig die italienische Staatsbürgerschaft erlangt hat und dann auf einem Wege, der nicht normal und korrekt ist, wiederum österreichischer Staatsbürger geworden ist. Dies festzustellen, ist nicht müßig und nicht Zeitvergeudung aus mehrfachen Gründen. Einmal, weil wir ja kaum einen Minister brauchen können, der nicht österreichischer Staatsbürger ist, und zweitens, weil tausende Frontkämpfer der österreichischen Armee, die heimatlos, staatenlos geworden sind, eine solche Behandlung nirgends erfahren. Ich möchte wünschen, daß dort, wo es sich um arme Teufel handelt, die Feststellung der Staatszugehörigkeit mit derselben Fixigkeit vor- genommen worden wäre.

Ein anderer Grund ist, daß ich nochmals unterstreichen muß: Dr. Jakonig hat, als Papst, der Verräter der Deutschen Südtirols, aus Italien nach Tirol kam, nach der Brennerkomödie, die alle Tiroler als brennende Schmach empfunden haben — ein Redner hat hier irrig gemeint, daß diese Sache bedeutungslos sei —, sich unmöglich benommen. Als Bürgerliche in Innsbruck gegen diesen Verrat am Brenner, gegen diese Verbrüderung mit den Peinigern der Deutsch-Südtiroler protestierten

(Werner: Die Verbrüderung hat ja nicht stattgefunden!), sich mit seinen Leuten an der Störung der betreffenden Versammlung beteiligt und als die Störenfriede zurechtgewiesen wurden, hat er verlangt, daß die Heimatwehr gegen die Ordnung schaffenden Polizisten aufgeboten werde. Ein Mann, der so wenig Rechtsempfinden hat . . . (Zwischenruf Werner.) Sie waren dabei? (Werner: Ich war nicht dabei!) Aber Sie schämen sich als Tiroler, so wie ich, daß so etwas am Brenner stattgefunden hat! Warum leugnen Sie das? (Lebhafter Beifall links.)

Die Ernennung des Dr. Jakonig zum Handelsminister von Österreich hat in ganz Tirol großes Kopfschütteln erregt und tiefen Unwillen, besonders unter den Intellektuellen der Stadt Innsbruck, ausgelöst. Das hier festzustellen, ist nötig, weil die enge Verwandtschaft und Freundschaft mit dem preußischen Verräter der Südtiroler, mit dem Papst, ihn in Innsbruck vollständig unmöglich gemacht hat. (Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Präsident: Ich bitte, mit den Zwischenrufen nicht wieder zu beginnen!

Abram: Und nun lassen Sie mich noch ein paar Worte gegen den Sprecher der Heimatwehr sagen. Der Sprecher der Heimatwehr, beheimatet in einem kleinen, an das Innviertel angrenzenden Ort, wo in der Regel die geistigen Weltfragen nicht gelöst werden (Heiterkeit links), hat von den Arbeitern in Innsbruck und von den Arbeitern schlechtweg als von Untermenschen gesprochen. (Dr. Hueber: Das ist nicht wahr! Von denjenigen, die andere Leute umgebracht und verwundet haben!) Von Untermenschen sprachen Sie. (Dr. Hueber: Beleidigen Sie selbst nicht die Arbeiter!) Es ist Ihnen unangenehm, wenn ich ein Wort fests halte, das Sie ausgesprochen haben! Was hat nun diese Arbeiterklasse an gegenseitiger Solidarität in Jahrzehnten geleistet? Wieviel Solidaritätsakte, wieviel Opferwilligkeit für ihre Klasse hat die Arbeiterschaft gezeigt! Was hat die Arbeiterschaft an Kulturringen, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Anteilnahme an allen Unterrichtszweigen geleistet! Die Arbeiterklasse in Österreich hat für die geschichtliche Entwicklung dieses Staates so viel getan, daß Menschen Ihres Schlages nicht heranreichen, die Arbeiterklasse beleidigen zu können. (Lebhafter, anhaltender Beifall links.)

Nun lassen Sie mich hier eines konstatieren: In Hötzting bei Innsbruck kam es zu Zusammenstößen, bei denen leider ein Menschenleben fiel. (Neustädter-Stürmer: Mörder!) Damit Sie nicht vergessen, damit Sie gegen Ihre eigenen politischen Anhänger das Wort gebrauchen können, lassen Sie mich daran erinnern, bei diesem einen Fall, wo es

im Kampf zu einer solchen bedauerlichen Tat gekommen ist, was Ihre Gruppen in Österreich auf dem Gebiete bewußt getan haben. Sie haben ermordet: den Franz Birnecker, den Karl Still, den Franz Kovarik, den Leopold Müller, den Matthias Esmerits, den Josef Grössing, ein Kind mit sieben Jahren, den Karl Hauer, den Franz Hübel, den Johann Schiffkowitz, den Hieronymus Bernhardt, den Konrad Kainz und den Franz Geißler. (*Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten*. — *Gegenrufe links*.) Und der letzte ist Schaffauer.

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Abram: Ich habe hier die Namen verlesen, die durch Ihre politischen Kampfmethoden gemordet worden sind. (Dr. Hueber: Wer hat damit begonnen?) Wer hat damit begonnen? Wir nicht. Wir sind in der Lage, mit euch, mit jedem einzelnen, von euch aufgepuddelten, schlecht erzogenen Doktoren geistig den Kampf zu führen. Wir brauchen keine solchen Waffen. (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten*.) Ihr habt von Haus aus, als nach dem Kriege die Gefahr in Österreich gebannt war, daß das Proletariat an seinen Peinigern Rache nehme, als das Proletariat sich als kultivierter erwies und an den Aufbau in diesem Staate dachte, wieder diese neue Methode der Gewalttätigkeit im Kampfe eingeführt. (*Lebhafte Beifall links*.) Die soziale Idee, die die Grundlage unseres Denkens und unseres Fühlens ist, ist eine so gewaltige und von keiner Bewegung der vergangenen Geschichte erreichte Bewegung, daß wir zu Gewalttätigkeiten nicht die Zuflucht zu nehmen brauchen. Wo die geistige Auseinandersetzung möglich ist, da werden wir immer als Interessenten des großen Teiles der Menschheit bestehen. (*Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Rechten*.)

Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe wieder einzustellen.

Abram: Es hat sich in der jüngsten Zeit folgendes in der politischen Auseinandersetzung eingebürgert. Nach dem glänzenden Begräbnis der Heimatwehr, das Pfrimer selbst als Obermesner besorgte, kommt nun die nationalsozialistische Partei mit Einladungen, so wie Sie hier eine solche aus Linz sehen, auch in Höttling, und sagt den Arbeitern: Arbeiter, deutsche Volksgenossen, kommt alle und höret, wie wir uns die Lösung des gewaltigsten Problems der Gegenwart, der Arbeitslosigkeit und der Verdienstschaffung vorstellen. Und dann kommen die Sozialdemokraten zur Beratung in Innsbruck und in Höttling zusammen — Scheibein und ich waren in Wien. Und die Partei beschließt und sagt: Es ist doch diesen Nationalsozialisten, die in Innsbruck von reichsdeutschen Studenten, von

Bourgeoisöhnen geführt werden (*Zwischenrufe auf der äußersten Rechten*), nicht um eine geistige Auseinandersetzung zu tun, sondern sie sind die Anführer jener Gruppe, die auf alle Fälle Gewalttätigkeiten haben wollen, und die Partei beschließt, daß man die Veranstaltung in Höttling nicht besuche, (*Rufe links: Hört! Hört!*), und machten die Sozialdemokraten selbst um dieselbe Zeit, aber anderthalb Kilometer von dem Versammlungsort der Nationalsozialisten entfernt, eine Kundgebung, um die Arbeiter von dem Besuch dieser Versammlung abzuhalten. (*Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!* — Werner: Sie verdrehen genau so wie die „Tiroler Volkszeitung“!) Aber ein kleiner Teil der Arbeiter, politisch nicht genügend geschult, geht hin und glaubt, weil solche Zettel verbreitet werden, daß es hier zu einer Auseinandersetzung über das Problem der Arbeitsbeschaffung, der Behebung der Arbeitslosigkeit kommt. Ahnungslos setzen sich die Leute zunächst an die Wände und lassen die Mitte des Saales, die Tische und Gänge frei. Ahnungslos beachten sie gar nicht, was für Vorbereitungen die Gegner getroffen haben. So unterlassen sie es, weil sie nichts ahnen, festzustellen, daß bei der Theaterbühne, die im Saale untergebracht ist, 30 Mann stehen und daß 375 Bierflaschen und Kracherflaschen als Wurfschäfte vorbereitet sind. (*Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!*) Als die Nazisozialen einmarschierten, Heil Hitler! rufen, rufen die Arbeiter, die da sind, Heil Deutsch-Südtirol! und schon öffnet sich der Vorhang, die Leute aus der Reservestellung schmeißen, wie sie es vereinbart haben, die Flaschen auf die Arbeiter herunter (*lebhafte Rufe links: Hört! Hört!*), und die anderen stürzen sich über die nichtsahnenden Arbeiter. (Dr. Bauer: Weil sie Heil Südtirol! gerufen haben. — *Zwischenrufe*.) Im Augenblick entsteht eine Verwirrung. Aber nur für den Augenblick. Dann erfährt die Arbeiter ungeheure Wut über diese Irreführung und diese Brutalisierung, und dann ist es allerdings zu den bedauerlichen Vorfällen gekommen, mit der Anzahl von Verletzten, die nun im Spital liegen. Der Republikanische Schutzbund ist nicht in Aktion getreten, sondern hat Mühe gehabt, in Höttling, einem Bauarbeitergebiet, die Frauen und all die empörten Menschen zurückzuhalten. Viele Hunderte in dieser Gemeinde bringen ja heuer nicht die zwanzig Wochen zusammen, die ihnen den Fortbezug der Unterstützung garantieren. Es besteht keine Aussicht auf irgendwelche Arbeit. Und nun sollen sie noch unter Anführung von reichen Bürgersöhnen aus Deutschland, die in Innsbruck studieren, niedergeknüppelt werden. Da allerdings hat sich eine elementare Wut und ein elementarer Zorn der Arbeiter bemächtigt, und wenn die Gendarmerie nicht die Nazisozialen beschützt hätte, wäre es wahrscheinlich noch viel schlimmer ausgegangen. (Neustädter-Stürmer: Na, schöne Aussichten!)

Ja, schöne Aussichten! Nachdem, was der Redner Ihrer Partei von dem schärferen Rechtskurs, von der unbekümmerten Anwendung aller Mittel gesagt hat: schöne Aussichten! (Lebhafter Beifall links.) Schöne Aussichten, wenn sie den hunderttausenden Arbeitern, die am Weltkrieg teilgenommen haben, nichts anderes in Aussicht stellen, als die Brutalisierung durch die Söhne der Reichen. (Zwischenrufe Lichtenegger.) Ich habe Sie immer als einen unbedeutenden Menschen betrachtet, Sie liegen ja für mich immer ganz abseits.

Nun möchte ich eine Frage an die Vertreter der christlichsozialen Arbeiter, an den Herrn Kunischak, an den Herrn Maschinenführer Ertl, an die Herren aus dem Arbeiterstande in Ihren Reihen richten: Ist das das Echo auf den Hilferuf der Massen, daß diese Gewalt angekündigt wird, der Entzug der Arbeitslosenunterstützung, der Entzug der Notstandsunterstützung unter dem Zeigenblatt der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Budget? Ist das das Echo auf das letzte Schreiben des Papstes von Rom, das an die Schrift Leo XIII. vor 40 Jahren über die Arbeiterfrage anknüpft, ist das das letzte, daß man sich die Lösung der sozialen Frage so vorstellt, daß einfach statt einer Unterstützung, statt einer Finanzgriffnahme einer Neuordnung der Welt, in der man der Jugend wieder Arbeit zu bieten vermag, brutaler Rechtskurs mit Gewalt als das Nächstliegende in Aussicht gestellt wird? (Lebhafter Beifall links.)

Ich frage den Herrn Kunischak, ich frage den Herrn Ertl, ich frage den Herrn Heitlinger, ich frage euch Abgeordnete, die ihr aus dem Arbeiterstande hervorgegangen seid: Ist das das letzte in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft? Und wenn ihr nicht derselben Meinung seid, meine Herren, dann müßt ihr eure Plätze wechseln, dann müßt ihr übersiedeln (Lachen rechts) auf die linke Seite des Hauses. Dann müßt ihr mit uns und den Kleinbauern dieses Staates zusammen eine Partei und eine Regierung bilden, die auf Grund des Rechtes und der Pflicht der Arbeit einen neuen Staat aufbaut. (Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.) Sie lachen heute noch darüber. Vor 40 Jahren standen wir, Tausende katholischer Arbeiterkinder vor der Entscheidung, wo hin uns der Weg führen soll, als Leo XIII. zur Arbeiterfrage Stellung nahm. Wir waren Mitglieder der katholischen Gesellenvereine. Zehntausende, die heute in der Sozialdemokratie wirken, und müßten erkennen, daß nur eine Arbeiterpartei allein in der Lage ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. (Neustädter-Stürmer: Unter jüdischer Führung!) Und wenn Sie scharf zusehen und wenn Sie genau die Freunde und die Feinde der Arbeiter beachten, so bleibt Ihnen wahrscheinlich, wenn Sie auch erst im Alter diesen Weg vollziehen, als ehr-

lichen Vertretern der Arbeiter nichts anderes übrig, als einer Vereinigung aller Arbeiter zuzustreben, damit gegen diesen Barbarismus, wie er von dieser Seite gepredigt wird, die Arbeiterklasse wirksam verteidigt wird. (Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Aber, wenn Sie meinen, daß Sie mit solchen Gewalttaten die Arbeiterklasse niederzuhalten vermögen, sagen wir — das können Sie nicht. Ohne die Arbeiterklasse gibt es nicht den bescheidensten Fortschritt mehr in der Welt, und wenn Sie diese brutale Haltung einnehmen, so wird das Echo in den letzten katholischen Arbeiter- und Gesellenverein hinausdringen. Und so wie wir seinerzeit als junge Burschen zur geschlossenen Arbeiterpartei traten, so werden in Österreich als Folge eurer brutalen Haltung die Arbeiter immer fester zusammengesetzt werden. Und so wie über den Hahnenschwanz heute niemand mehr kräht, so wie er in den letzten Tagen in Innsbruck belächelt wurde, so wird man auch über den Nationalsozialismus zur Tagesordnung übergehen. Ein Sozialismus, getragen von der Arbeiterklasse, von jenen Intellektuellen, die tiefen die Welt zu erkennen trachten, mit diesen beiden Faktoren werden wir vorwärtsgehen und werden über Euch alle siegen. (Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Werner: Frauen und Männer! (Sever: Herr Minister Dr. Schuschnigg, hätten Sie den Bericht nicht selber bringen können? Schämen Sie sich! — Lebhafte Zwischenrufe links.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! (Pölzer: Sie haben ihm den Bericht gegeben! — Bundesminister Dr. Schuschnigg: Was für einen Bericht? — Zwischenrufe links und auf der äußersten Rechten. — Pölzer (zur Ministerbank eilend): Sie haben ihm einen Bericht gegeben!) Herr Abg. Pölzer, ich bitte, auf Ihren Platz zu gehen. Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Werner: Zur Regierungsfrage wurden bereits alle wirtschaftlichen und politischen Fragen genügend erörtert, und es erübrigt sich mir, dazu zu sprechen, aber einige Vorfälle, die sich gerade in den letzten Tagen ereignet haben, bewegen mich insbesondere als heimatfreuen Tiroler (Lachen links), zur Regierungserklärung zu sprechen. Die Vorfälle in Hötting. (Zwischenrufe links.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Werner: Die Vorfälle in Hötting in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai waren derartige, daß man nicht nur in Tirol einen Herzklöpfen bekommen hat, sondern in ganz Österreich die Fahnen auf Halbmast hissen mußte. (Zwischenrufe Forstner.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Werner: Denn es ist begreiflich: wenn politische Gegenläufe derart ausgetragen werden, dann wird

es in einem Lande ungemütlich — nicht etwa, weil ich und meinesgleichen uns fürchten würden, sondern deswegen, weil immerhin kostbares Menschenleben, Volksgenossen, dabei zugrunde gehen und weil dadurch die Sicherheit und Ordnung im Staate gefährdet sind. Wenn man die Sicherheit und Ordnung fördert, so fördert man damit auch das ganze Wirtschaftsleben. Es ist in einer derartig wirtschaftsunfischeren und wirtschaftsschweren Zeit doppelt notwendig, einen ruhigen und kühlen Kopf zu bewahren und zu schauen, daß man die Volksgenossen nicht derartig verheizt, daß solche Übergriffe vorkommen. (Zwischenrufe links.) Die Gewalttätigkeiten, die sowohl in Höttling als auch in Börgl und Linz und zum Teil in Rupstein verübt worden sind (Dr. Deutsch: Und in Kapfenberg und in Liesing!), sind genau so ähnlichen Charakters wie seinerzeit die Gewalttätigkeiten unter dem Heeresminister Dr. Deutsch im Jahre 1920 und genau so wie diejenigen vom Juli 1927. (Dr. Deutsch: Reden Sie von Kapfenberg!) Das ganze bürgerliche Volk in Österreich muß aufhorchen und sich zugleich zur Wehr stellen, den derartige Dinge vertragen wir einfach nicht mehr. Vielleicht werden gerade derartige Vorfälle die Ursache sein, daß sich das Bürgertum, das bisher nicht ganz geschlossen war, enger und fester wird zusammenschließen müssen, weil es sieht, wohin diese Verheizung führt, wohin es daher seine Wehrmacht als Front stellen muß. (Beifall auf der äußersten Rechten.) Für uns waren die Marxisten die Feinde von links, sie waren immer unsere Gegner und Feinde und sind nie etwas anderes gewesen, denn von ihrer Wirtschafts- und Weltanschauung trennt uns eine große, abgrundtiefe Kluft.

Wenn der Herr Abg. Abram immer von der Arbeiterklasse gesprochen hat, so möchte ich einmal ausdrücklich feststellen, Arbeiter sind wir mehr oder minder alle in Österreich. (Rufe links: Minder!) Das, was er als Arbeiterklasse bezeichnet, ist gewöhnlich nicht die Arbeiterklasse, und gerade der Fall Höttling zeigt, daß diejenigen, die mein Kamerad Dr. Hueber als Untermenschen bezeichnet hat, die Messerstecher vom Kerschenthal waren. (Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig!) Es ist sehr bezeichnend, daß einer der Hauptrufer und einer der Hauptmesserstecher ein Schutzbundsführer ist, nicht einmal ein gewöhnliches Parteimitglied. Es ist aber auch bezeichnend, daß der ganze Vorfall in Höttling auf die Heze in der marxistischen Zeitung zurückzuführen ist. Ich glaube, daß ich das gar nicht vorzulesen brauche, denn es ist dem ganzen Volke Österreichs bekannt, daß der sozialdemokratische Parteiausschuß in Höttling die Sozialdemokraten zu einer Volksversammlung beim Reiter eingeladen hat. Es ist aber bezeichnend, daß zu dieser Versammlung bereits abmarschiert worden ist, nachdem vorher Hafsteller ausgegeben worden sind und nachdem

vorher die Leute Steine in ihre Taschen gefüllt hatten.

Und nun möchte ich zu der Verdrehung des Herrn Abram etwas sagen. Er hat gesagt: Der Vorhang ging auf, und die Leute haben die Flaschen hinuntergeworfen. (Abram: Dazu sind Sie zu jung, daß Sie mir etwas sagen!) Es ist doch erwiesen durch den Polizeibericht, daß die Versammlung sich folgendermaßen abgespielt hat: Bereits vor Versammlungsbeginn war das Lokal voll mit Marxisten, und als bei Versammlungsbeginn der schwache Saalschutz der SA, der nationalsozialistischen Partei einrückte, als sie in die Mitte des Saales kamen, hat man sie mit Pfui!-Rufen empfangen. Sie antworteten darauf mit Heil Hitler!-Rufen, und schon sind die Bierkrügel und auch die mitgebrachten Steine gegen diese Leute geschleudert worden. Daß dann auch noch die verheizten Leute, diese Leute, die sich tatsächlich als Massenmörderbestien gezeigt haben, die Messer gezogen haben und mit Messern angestochen worden ist, meine sehr Verehrten, das ist die Demokratie, die hier verteidigt wird. (Beifall auf der äußersten Rechten.) Wenn der legale Weg nicht mehr ausreicht, dann benutzt man die Gewalt, wenn man sie beim Gegner auch noch so sehr verurteilt und brandmarkt. Das aber, was in Ihren Reihen geschieht, ist immer recht und schön, da gibt es keine demokratische Sünde.

Nun, eines ist noch sehr bezeichnend. Man behauptet immer bei den Sozialdemokraten, wenn so ein Radau ist, wie zum Beispiel im Juli 1927, daß die Kommunisten das gemacht haben. Ich möchte aber ausdrücklich feststellen, daß sich in Höttling die kommunistische Partei dagegen verwahrt hat, daß sie das gemacht hätte, daß dies vielmehr allein die Sozialdemokraten gemacht haben. (Zwischenrufe links.) Es ist auch bezeichnend, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hüttenberger in Mariahilf vor dieser Versammlung eine sehr stark gewürzte Hetzrede gehalten hat, und es ist sehr bezeichnend, daß diese Leute dann alle dort aufmarschiert sind.

Aber aber ist noch eines interessant. Die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die auch als Arbeiterpartei aufscheint, hat als Thema und Beratungsstoff angeführt: Gebt Arbeit statt Almosen! Ich finde in diesem Thema doch gar nichts Aufreizendes für die Marxisten. Das müßte doch in ihrem Programm stehen, und wenn ich ein solches Plakat lese, muß ich doch erst darunter schauen, wer der Einberufer ist, ob es die sozialdemokratische oder die nationalsozialistische Partei ist. Aber sehen Sie, das ist der reine Konkurrenzkampf, der Sie dazu geführt hat, daß Sie so außer Rand und Band gekommen sind und dadurch dieses verwerfliche Blutbad heraufbeschworen haben.

Ich möchte aber auf noch etwas verweisen. Bereits die 70 Mann SA, die von Innsbruck ab-

gerückt sind, mußten nahezu eine Gasse von Schutzbundpatrouillen durchgehen. Das ist deshalb bezeichnend, weil sich daraus offensichtlich ergibt, daß von sozialdemokratischer Seite dieses Blutbad bewußt, mit Vorbedacht schon bestellt war. (Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig! — Lachen links. — Lichtenegger: Wir werden euch das Handwerk schon legen! — Lachen und lebhafte Zwischenrufe links.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen!

Werner (fortfahren): Sehr bezeichnend ist auch, daß die Leute bereits die Steine und die Messer mitgenommen haben. Denn im Saale hat man, als er nach der Kauferei aufgeräumt wurde, mehr als faustgroße Steine feststellen können. Es wird doch niemand behaupten, daß die Mitglieder der nationalsozialistischen Partei zu ihrer eigenen Versammlung Steine mitbringen, sondern die sind restlos von den Marxisten, von den Gegnern hingetragen worden. (Zwischenrufe links.) Bezeichnend ist auch noch, mit welcher Übermacht man sich über diese wenigen Leute hergemacht hat. Und warum? fragt sich die ganze Bevölkerung von Innsbruck. Nur deshalb, weil sie eine andere Meinung haben. Diese Partei hat auf ihr Banner, das leider schon vergilbt ist, die Worte geschrieben: "Freiheit und Gleichheit." Nun frage ich Sie: Ist das Freiheit und Gleichheit, wenn einer, der eine andere Meinung hat, nicht bloß mit Steinen beworfen, sondern mit Messern niedergestochen wird?

Aber das Allerverwerflichste hat sich wohl abgespielt, als die Sanitätsautos die Verwundeten weggeführt haben — vielleicht ist das noch zu wenig bekannt. Die Sanitätsautos der Freiwilligen Rettungsabteilung Innsbruck reichten nicht mehr aus, und die Freiwillige Rettungsabteilung hat deshalb einen Omnibuskraftwagen in Innsbruck requiriert, hat ihn mit einem roten Kreuz versehen und hat die Verwundeten abgeholt. Und dieses Rettungsauto wurde angegriffen, es wurden die Fenster eingeschlagen, es wurden die Verwundeten herausgezerrt (Rufe auf der äußersten Rechten: Pfui!), und sie würden zertreten worden sein, wenn die Gendarmerie nicht einen Bajonettangriff gemacht hätte.

Nun möchte ich noch das eine zu all diesen Vorgängen sagen: Es wurden von verschiedenen Seiten der Tiroler Landesregierung und auch der Regierung Vorwürfe gemacht, daß sie nicht genügend Vorkehrungen getroffen habe. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß einwandfrei feststeht, daß 40 Gendarmen für den Sicherheits- und Ordnungsdienst aufgeboten waren, und man möchte glauben, daß 40 Gendarmen genügen würden, um die Sicherheit zu verbürgen. Aber wenn der Mob in derartiger

Weise ausartet, dann freilich genügt auch das nicht mehr. (Rufe links: Mob?) Das war der Mob, den Sie aufgeboten haben! Messerstecher und mehrfach abgestrafe Individuen sind ein Mob. (Stürmische Zwischenrufe links.) Sie wollen doch nicht behaupten, daß der berühmte Raufbold und Messerstecher Zonta nicht zum Mob gehört, und Sie wollen doch nicht behaupten . . . (Stürmische Zwischenrufe links.)

— **Forstner:** Der Greifler von Kitzbühel!

— Rufe links: Es gibt einen bürgerlichen Mob! Das waren nicht mehr Arbeiter, was da aufgeboten worden ist, sondern hier hat man den Böbel aufgerufen und den Böbel aufgehetzt. (Anhaltende Zwischenrufe Dr. Deutsch.) Ja, wollen Sie vielleicht sagen, daß ein Schutzbündler, der Schutzbündler Guschelbauer, der die Armbinde und die Pistole des Schutzbundes in seinem Sack getragen und aus dem Hinterhalt den Nationalsozialisten Sporn vom Rad heruntergeschossen hat, nicht zum Mob gehört? (Dr. Deutsch: Ob das wahr ist, müßte erst erwiesen werden! Es ist nicht wahr, was Sie da erzählen!) Da wenden Sie sich an die Polizeianzeige! (Dr. Deutsch: Als Arbeiter ermordet wurden, haben Sie kein Wort geredet. Reden Sie von Kapfenberg und von Liesing! Zwölf Menschen haben Sie hingemordet! — Fortgesetzte Zwischenrufe Dr. Deutsch.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Ich bitte den Herrn Abg. Werner, seine Rede fortzusetzen.

Werner: Ich möchte der Regierung zu bedenken geben, daß sie alle diese Flammenzeichen rechtzeitig sehen soll, denn das, was sich in Höttling zugetragen hat, hat sich in ähnlicher Weise in Linz zugetragen, hat sich in ähnlicher Weise in Wörgl zugetragen, auch in Kufstein und schließlich in Donawitz. Dort haben die Sozialdemokraten vor der Gemeinderatsitzung schon gepaßt, bis die Heimatschützer herausgekommen sind und haben sie niedergeschlagen, haben selbst Frauen und Kinder nicht geschont. (Anhaltende Zwischenrufe.) Herr Bundeskanzler, die Situation ist heute genau so wie vor dem Juli 1927. Er greifen Sie rechtzeitig alle Maßnahmen! Bedenken Sie, daß man in Ottakring nicht bloß Schmierbüchsen, sondern Gasbomben und Gasgranaten gefunden hat; bedenken Sie, daß man dort Kriegswerkzeuge schlimmster Art, die nicht mehr zur persönlichen Verteidigung, sondern zur Brandlegung und zum Mord, zum Massenmord dienen, gefunden hat. (Anhaltende Zwischenrufe links.) Der Herr Abg. Wallisch hat sich gebrüstet, daß er genug Handgranaten hat, um die ganze Steiermark in die Luft zu sprengen. Herr Bundeskanzler, gehen Sie allen diesen Dingen nach! Die Sicherheit unserer Bevölkerung und die Sicherheit unserer Wirtschaft müssen über allem stehen. Wir leben in großer Not,

und die können wir nur durch Arbeit und Sparen beseitigen. (Rufe links: Und durch Putsche!) Eine unserer Hauptnahmen bildet der Fremdenverkehr. Hätten wir unseren Fremdenverkehr nicht, so wäre unser Handelspassivum noch viel größer. Nichts ist geeigneter, die Ausländer von einem Lande fernzuhalten, als Unsicherheit und Unruhe in diesem Lande. Deshalb muß die Regierung dafür Sorge tragen, daß solche Vorfälle sich nicht mehr ereignen.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit die Regierung auch darauf aufmerksam machen, in welch schamloser Weise die marxistische Presse heißt. Ich möchte Sie hier auf die „Volkszeitung“ in Innsbruck aufmerksam machen, die am Tage, nachdem dieser Mord geschehen ist, nachdem dieses Blutbad angerichtet worden ist, von dem doch jeder Innsbrucker gewußt hat — ich habe es selbst von einem sozialdemokratisch organisierten Arbeiter erfahren —, daß es vorbereitet war, geschrieben hat: „Die Hafenkreuzbestien verschulden ein Blutbad.“ „Die Südtiroler Verräter überfallen Arbeiter.“ Und so geht es weiter. Das ist eine Verhetzung der Bevölkerung und würde wieder ein solches Blutbad hervorrufen. (Lebhafte Zwischenrufe links. — Witzany: Ihr habt Südtirol verraten!) Ich habe als Tiroler niemals Südtirol verraten! Ich möchte deshalb die Regierung auffordern, die Bewaffnung der Staatsregierung so durchzuführen, daß sie diesen Brandgranatenträgern des Schutzbundes ebenbürtig ist, so daß wir die Sicherheit haben, nicht in derartiger Weise überfallen zu werden und unsere Existenz zugrunde gerichtet zu sehen.

Schlieflich bin ich noch ermächtigt, im Namen des Bundesführers Starhemberg zu erklären, daß er von dem jeglichen Minister Jakoneig niemals aufgefordert worden ist, die Tiroler Heimatwehr gegen die städtische Polizei in Innsbruck zu mobilisieren, so daß diese Ausschreitungen des Abg. Bauer eine Lüge sind. (Dr. Bauer: Der Starhemberg wird es morgen dementieren, was er heute sagen läßt! — Zwischenrufe.)

Weiters möchte ich über die Staatsbürgerschaft, die heute hier soviel besprochen worden ist, etwas sagen. Ich habe das Gefühl, daß mehr Leute da sind, bei denen man betreffs der Staatsbürgerschaft nachfragen sollte. Ich frage nach, wieso die Staatsbürgerschaft des Dr. Otto Bauer, zustande gekommen ist (Lachen links), der Tscheche, Russen und weiß Gott alles ist. (Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.) Ich frage, wie die Staatsbürgerschaft des Koloman Wallisch zustande gekommen ist. (Erneute lebhafte Zwischenrufe links und auf der äußersten Rechten.)

Und nun zum Schluß fordere ich die Regierung auf: Regierung mache deine Pflicht, verhindere ein neuerliches Blutbad, wie es im Jahre 1927 war, verhindere Unruhen! Wir können nur Ruhe und

Sicherheit brauchen. Der Regierung muß man auch zurufen: Landgraf, werde hart und bleibe hart! (Lebhafte Beifall auf der äußersten Rechten. — Zwischenrufe links.)

Abram: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um in schärfster Form dagegen Verwahrung einzulegen, daß der Sprecher, den wir soeben hörten, mir Verdrehung oder Unrichtigkeiten unterstellt. Ich bin so lange politisch tätig und bin Anteilnehmer an einem großen Lebensprogramm, daß ich mir den Luxus der Geradheit erlauben darf, und nie im Kampfe mit dem Gegner etwas gebrauche, was nicht geradlinig ist. (Lebhafte Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Die Sache mit den Nationalsozialisten steht so, daß sie schon wiederholt unsere Jugendlichen auf der Heimkehr nach Höttling überfallen und wiederholt brutal Händel gesucht haben. Nur gegen diese Händel und nur um das zu vermeiden, wurde die eigene Rundgebung einberufen. Die Leute haben den Saal nicht vollbesetzt, sondern nur an den Wandreihen, so daß sich die Naziszi planmäßig entwickeln konnten, wie sie es gedacht haben. Wenn der Herr Vorredner meint, Steine wären am Boden gelegen — ja, Steine und Bierflaschen, alles was sie in ihrem Waffenreservoir auf der Theaterbühne haben, haben sie auf die Arbeiter geschleudert.

Was die Frage mit dem Sanitätswagen anbelangt, da bitte ich um die Aufmerksamkeit des hohen Hauses. Der Redner der Nationalsozialisten, ein gewisser Theo Stadlbauer aus Salzburg, hat seine Tapferkeit eingebüßt, hat sein Brauhemd ausgezogen und sich in den Rettungswagen der Verwundeten geflüchtet, und den wollten die Arbeiter herausfangen. Den Nichtverletzten im Rettungswagen! Dafür sind Dutzende von Zeugen.

Wenn Sie nun sagen, daß dies alles von uns, von meinen Freunden so vorbereitet wurde, weil wir es brauchen, ist dies unwahr. Wir sagen unseren Arbeitern immer: von diesen politischen und wirtschaftlichen Ignoranten, die sich um das Programm der Heimatschützer, der Hahnenschwänzler und der Naziszi scheren, von diesen Menschen könnet ihr nichts lernen, da habt ihr dabei nichts zu suchen, geht nicht hin! Wenn aber doch einige hinkommen, so kommt es dann zu solchen Ereignissen.

Wenn hier gesagt wird, daß ein Mann tot ist, was wir sehr lebhaft bedauern ... (Lengauer: Das ist Ihnen ja gleichgültig! — Lebhafte Gegenrufe links.) Wer sagt Ihnen das? Welches Recht haben Sie dazu? Das ist nur ein Ausdruck Ihrer Unkultur! (Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.) Wenn Sie wissen wollen, meine Freunde und das ganze Haus, wie meine Partei sich zu der Sache in Innsbruck gestellt hat, so sage ich Ihnen, daß der Bürgermeister des Ortes, der zugleich Landtags-

abgeordneter ist . . . (Fortgesetzte, lärmende Zwischenrufe und Gegenrufe. — Ein Mitglied des Heimatblockes macht gegen den Abg. Dr. Eisler einen Zwischenruf. — Dr. Eisler: Plattenbruder!)

Präsident: Ich rufe die beiden Herren Zwischenrufe zur Ordnung. Der Herr Abg. Abram hat das Wort.

Abram (fortsetzend): Wenn meine Freunde und das ganze Haus wissen wollen, wie die Sozialdemokraten bemüht waren, jeden Zustammenstoß hintanzuhalten, so sei Ihnen gesagt, daß der Bürgermeister des Ortes, ein Landtagsabgeordneter, sich an den Landeshauptmann gewendet und ihn auf die Gefahr aufmerksam gemacht hat. Der Landeshauptmann hat einen Bezirkshauptmann betraut, der aus seinem Haß und seiner Geringsschätzung gegenüber der Arbeiterschaft nie ein Hehl macht (Widerspruch auf der äußersten Rechten), dieser hat die Gendarmen unter den Kastanienbäumen des Gartens und nicht im Saal postiert, und erst dann, als die Tat geschehen war, sind die Gendarmen in den Saal eingedrungen, früher aber wurden keine Vorkehrungen getroffen. (Neustädter-Stürmer: Wenn Sie früher hineingekommen wären, hätten Sie gesagt, sie provozieren euch. — Werner: Reden Sie nicht von Arbeitern, sagen Sie lieber Marxisten!) Ich kann nicht mit Ihnen über Marxismus reden, weil Ihre Bildung viel zu gering ist, als daß Sie den großen Begriff Marxismus verstehen könnten. (Lebhafter Beifall links. — Zwischenrufe.) Wenn Sie von Wörgl reden und von allem möglichen, nur nicht von den zwölf Mordtaten, die Sie und Ihre Leute schon begangen haben (lebhafter Beifall links), und wenn gesagt wird, daß Österreich in seinen Fremdenverkehrsinteressen durch diese Vorkommnisse bedeutend geschädigt wird, so frage ich Sie: Wenn auf den höchsten Stätten menschlicher Kultur, auf den Universitäten, besoffene Bierkümmerlichkeiten aufführen dürfen wie Barbaren (lebhafter Beifall links), ob diese Vorgänge auf den Universitäten Österreich im Ausland und vor aller Welt nicht viel mehr herabsetzen als alles andere. (Erneuter, lebhafter Beifall links.) Dort sollten Sie dafür sorgen, daß wir uns nicht vor dem Ausland schämen müssen! Sagen Sie es den verfalteten Professoren, daß sie Ordnung zu schaffen haben, daß die Universität sein soll eine Stätte der Kultur, aber nicht ein Übungsboden für rauflustige, bier tolle Menschen, die sich um das Studium durch Saufen herumdrücken. (Lebhafter, anhaltender Beifall links. — Zwischenrufe auf der äußersten Rechten.)

Präsident: Hohes Haus! Ich hätte die Pflicht, eine ganze Reihe von Ordnungsrufen zu erteilen. Da sie aber hinterher zur Förderung der Ordnung nichts beitragen, wird mir vergeben sein, wenn ich das nicht tue. (Heiterkeit.)

Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet, und es wird zur Abstimmung über die beiden Anträge Dr. Bauer u. Gen. geschritten, und zwar zunächst über den Antrag:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Nationalrat setzt zur Untersuchung der gegen Bundesminister Dr. Jakonig erhobenen Anschuldigungen, die seine juristische und moralische Eignung zur Bekleidung des Amtes eines Bundesministers in Frage stellen, einen elfgliedrigen Untersuchungsausschuss gemäß § 53 des Bundes-Verfassungsgesetzes und § 28 der Geschäftsordnung ein.“

Dieser Antrag wird in über Antrag Severnamentlich durchgeföhrter Abstimmung mit 86 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Amlacher, Appel, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Böhm, Boschek, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Ebner Anton, Eisler, Ellenhogen, Falke, Floßmann, Forstner, Freindlich, Frühwirth, Gabriel, Gerner, Glöckel, Hareter, Hartmann, Hautmann, Heinz, Hermann, Hözl, Horvatel, Janacek, Janicki, Jiricek, König, Kores, Köstler, Lasser, Leuthner, Moßhammer, Müchitsch, Müller, Müllner, Pazelt, Pick, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Proft, Richter, Rieger, Rösch, Saffik, Scheibein, Schlesinger, Schnieberger, Schorsch, Seidel Almalic, Seidel Richard, Seitz, Sever, Stein, Stika, Tomischik, Tusch, Wallisch, Wendl, Witternigg, Wizany;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Aigner, Auinger, Binder, Blöchl, Böhler, Brünich, Buresch, Burgstaller, Dewaty, Doppler, Duscher, Ebner Hans, Eichinger, Ellend, Ertl, Födermayr, Foppa, Gangl, Geyer, Gierlinger, Graf, Grischacher, Gürtler, Hainzl, Hampel, Hasenauer, Haueis, Heim, Heizinger, Hollersbacher, Hryntschak, Hueber, Kapral, Klug, Kneifl, Knosp, Kolassa, Kolb, Kollmann, Kraus, Kreuzberger, Kunischak, Lengauer, Lestkovar, Leitgeb, Lichtenegger, Manhalter, Markschläger, Mayrhofer, Neustädter-Stürmer, Oelzelt, Paulitsch, Prodinger, Raab, Ramek, Rintelen, Roth, Schmidt, Schmitz, Schneider, Schuschnigg, Seidl Georg, Spalowsky, Stögner, Straffner, Streuerwitz, Strießnig, Strohmayer, Tauschitz, Teufl, Thaler, Thoma, Baugoin, Binzl, Wagner Josef, Waiz, Weidenhoffer, Weidenholzer, Weigl, Werner, Wimmer, Winkler, Winsauer, Wollek, Zarboch, Zingl.

Es gelangt sodann der zweite Antrag Dr. Bauer u. Gen. zur Abstimmung:

„Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Nationalrat versagt der Bundesregierung das Vertrauen (Artikel 74 des Bundes-Verfassungsgesetzes).“

Dieser Antrag wird in über Antrag Sever namentlich durchgeführter Abstimmung mit 82 gegen 69 Stimmen abgelehnt. (Stürmischer Beifall rechts. — Zwischenrufe links.)

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.: Abram, Allina, Amlacher, Appel, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Böhni, Bošek, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Ebner Anton, Eisler, Ellenbogen, Falle, Fložmann, Forstner, Freundlich, Frühwirth, Gabriel, Gerner, Glöckel, Hareter, Hartmann, Hautmann, Heinz, Hermann, Högl, Horvátek, Janecák, Janíček, Jiricek, König, Koref, Köstler, Lásér, Leuthner, Možhammer, Mochitsch, Müller, Müllner, Pazelt, Pick, Blaffer, Böller, Popp, Probst, Proft, Richter, Rieger, Rösch, Saják, Scheibein, Schlesinger, Schneeberger, Schorsch, Seidel Almalie, Seidel Richard, Seitz, Sever, Stein, Stika, Tomšáček, Tusch, Wallisch, Wendl, Witternigg, Wizany;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.: Aigner, Auinger, Binder, Blöchl, Böhler, Brinnich, Buresch, Burgstaller, Dewath, Doppler, Duscher, Ebner Hans, Eichinger, Ellend, Ertl, Födermayr, Gangl, Geyer, Gierlinger, Graf, Grischacher, Gürtler, Hainzl, Hasenauer, Haueis, Heinl, Heizinger,

Hollersbacher, Hryntschák, Hueber, Kapral, Klug, Kneufl, Knosp, Kolassa, Kolb, Kollmann, Kraus, Kreuzberger, Kunzschák, Lengauer, Lestovar, Leitgeb, Lichtenegger, Manhalter, Markscläger, Mayrhofer, Neustädter-Stürmer, Oelzelt, Paulitsch, Peter, Pistor, Raab, Namek, Naser, Rintelen, Roth, Schmidt, Schmitz, Schuschnigg, Seidl Georg, Spalowsky, Stögner, Streeruwitz, Strieznigg, Strohmaier, Tauschitz, Teufl, Thaler, Thoma, Bangoin, Wagner Josef, Waiß, Weidenhofer, Weidenholzer, Weigl, Werner, Wimmer, Winkler, Winzauer, Wollet, Zingl.

Die Verhandlungen werden abgebrochen.

Der Präsident teilt mit, daß der Herr Abg. Dewath bekannt gibt, daß er ab 31. Mai seine Funktion als Parlamentskommissär für Heeresangelegenheiten nicht ausüben werde. An seine Stelle wird für diese Zeit Professor Abg. Foppa treten.

An Stelle Zelenka als Erzähmann des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft wird Gerner gewählt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr 25 Min. abends.